

- IG Chemie Jugendkonferenz
- Arbeiterkontrolle
- Spanien
- Französische Jusos und Arbeiter
- England
- Kranksein ist teuer
- Leserbrief

ARBEIT FÜR ALLE!

FÜR EIN GARANTIERTES MINDESTEINKOMMEN!



Arbeitslos
Übernehme
jede
Arbeit

Die Jahreswende 1975/76 stand im Zeichen eines erneuten Anstiegs der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf neue Rekordhöhen. Die Furcht, selbst davon betroffen zu sein, überschattete für zahlreiche Familien das Weihnachtsfest 1975.

Noch im Frühjahr hofften viele, daß jetzt endlich der "Aufschwung in Sicht" sei, wie es die sozialdemokratische "Arbeitnehmerzeitung" "debatte" (2/75) in einer großen Schlagzeile angekündigt hatte. Auf Seite 6 hieß es dann: "Die Arbeitslosenzahlen gehen seit März zurück... Helmut Schmidt: Im Juli sind wir über den Berg."

Die Arbeiter vertrauten Helmut Schmidt und wählten in der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 4. Mai 1975 in den SPD-Hochburgen an der Ruhr verstärkt "den Aufschwung".

Inzwischen hat die Bundesrepublik den Berg des Arbeitslosentiefstands im Sommer von einer Million(!) überschritten und bewegt sich auf eine neue Arbeitslosentalsohle zu, die möglicherweise bald die Zahl von 1,3 Millionen Menschen ohne Arbeit erreichen wird. Eines ist sicher: "Vollbeschäftigung" wie in den 50er und 60er Jahren wird es unter dem Kapitalismus nicht mehr geben. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit wird 1976 nicht unter eine Million fallen. Von Oktober 1974 bis Oktober 1975 wurden rund 550 000 Arbeitsplätze in der Industrie vernichtet. 1975 machten 9500 Betriebe in der Bundesrepublik dicht (doppelt so viel wie im Krisenjahr 1967), zahlreiche Arbeitsplätze verschwanden durch Rationalisierungsmaßnahmen für immer.

In verschiedenen Regionen und Großstädten hat die Arbeitslosigkeit erschreckende Ausmaße angenommen:

| | |
|-----------------------|---------|
| Passau (Niederbayern) | 17, 2 % |
| Deggendorf (") | 15, 7 % |
| Leer (Ostfriesland) | 11, 6 % |
| Gelsenkirchen | 6, 9 % |
| Recklinghausen | 6, 2 % |

In Nordrhein-Westfalen kamen zu den nach offiziellen Zahlen 334 226 Arbeitslosen zum Jahresbeginn noch 190 000 Kurzarbeiter in 2615 Betrieben dazu.

Von den über 1,2 Millionen arbeitslosen Bundesdeutschen konnten aber nur 815 000 Zahlungen vom Arbeitsamt erwarten, und davon hatten 121 395 nur Anspruch auf Arbeitslosenhilfe, also höchstens 58 % des Nettoeinkommens, ein Satz, der oft nur wenig über dem Existenzminimum liegt. Dabei wird die Zahl der Arbeitslosenhilfeempfänger jetzt noch stark ansteigen.

Barackenreiniger

In Westberlin konnte ein halbes Dutzend Arbeitsloser vorübergehend vom Arbeitskräftemangel in der DDR profitieren:

In einer Westberliner Zeitung hatte die "Berlin-Consult"(DDR) nach Arbeitskräften inseriert, die in Eberswalde ein Barackenlager säubern sollen, wo 300 westdeutsche Facharbeiter ein Fleischwarenkombinat errichten. Von den 80 Bewerbern kam jedoch nicht einmal jeder Zehnte zum

Zuge. Unter den Arbeitssuchenden war auch ein ehemaliger Reiseversicherungskaufmann, der bereit war, rund zwei Jahre in der DDR zu wohnen und dort Unterkünftebaracken zu reinigen.

Allerdings wird es nur für die wenigsten arbeitslosen Bundesbürger möglich sein, täglich in die DDR zu pendeln oder sich dort niederzulassen, sofern ihnen dort überhaupt Arbeitsplätze angeboten werden.

900 Beschäftigten wurde von der Ludwigsburger Maschinenbau GmbH fristlos gekündigt, nachdem schon die Löhne und Gehälter für November und Dezember und die erste Januarhälfte sowie das Weihnachtsgeld nicht ausbezahlt worden waren.

Die Kapazität des mit den modernsten Produktionsanlagen ausgestatteten Betriebes war zuletzt nur noch zur Hälfte ausgelastet gewesen. Die Chancen, eine andere Arbeitsstelle zu finden, sind gering, nachdem noch viele ehemalige Belegschaftsmitglieder der nahegelegenen ebenfalls geschlossenen Konkurrenzfirma Bammerberger in Leonberg nicht wieder eine neue Arbeit gefunden haben.

Armut

Während die SPD-Führung auf dem Mannheimer Parteitag den Eindruck eines Landes vermittelte, in dem alles mehr oder weniger in Ordnung ist, überließ sie es den Demagogen von der CDU, darauf hinzuweisen, daß 1974 rund zwei Millionen Haushalte mit 5,8 Millionen Menschen mit ihren monatlichen Nettoeinkommen unter den Bedarfssätzen der Sozialhilfe lagen, also "arm" sind. Eine Schande, daß ausgerechnet die CDU, die Interessenvertreterin des Großkapitals, so tut, als ob sie etwas für die breiten Schichten der Bevölkerung übrig habe. In Nordrhein-Westfalen allein empfangen 1974 630 000 Menschen Sozialhilfe, das sind 8 % mehr als 1973!

In der Tat ist das Existenzminimum für Millionen in diesem Land kein Märchen oder eine Episode in der Geschichte des Frühkapitalismus, sondern bittere Wahrheit. Kinderreiche Familien und alte, alleinstehende Rentner müssen

FORTSETZUNG AUF DER RÜCKSEITE

GESUNDHEIT IN GEFAHR!

Um 5% ist die Zahl der Krankenhauspatienten im letzten Halbjahr '75 zurückgegangen. Umgerechnet auf ein Jahr bedeutet das für ein Krankenhaus mit 500 Betten einen Einnahmeverlust von mindestens 1 Mio. DM. Dies erklärte die Krankenhausesellschaft und nannte als Grund für diese Entwicklung die Furcht vor dem Arbeitsplatzverlust.

Tatsächlich wehren sich viele Beschäftigte gegen Krankenhauseinweisungen und Erholungskuren oder gehen zum Teil selbst bei schweren Erkrankungen nicht zum Arzt, weil sie Angst haben, entlassen zu werden. Hier zeigt sich eine erschreckende Erscheinung der kapitalistischen Krise.

Ebenso erschreckend ist, daß Krankenkassen und Krankenträger die Tatsache, daß einige Krankenhäuser nicht mehr überlastet sind und die Kranken nicht mehr in den Gängen liegen müssen, mißbrauchen, um von Überkapazitäten und "Bettenberg" zu reden. Durch Abbau dieser angeblichen Überkapazitäten sollen Defizite der Krankenkassen und öffentlichen Haushalte verringert werden. Für die arbeitende Bevölkerung bedeutet dies eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung.

Hinzukommt, daß die beitragspflichtigen Beschäftigten künftig mehr ausgeben müssen für ihre Gesundheit. Die Krankenkassen haben ihre Beiträge um bis zu 1,5% erhöht und werden sie in den nächsten Jahren weiter erhöhen.

CDU/CSU, FDP und Arbeitgeberverbände fordern sogar eine stärkere Selbstbeteiligung an den Krankenkosten. Weil die Arbeiter im Kampf um ihren Arbeitsplatz nicht mehr an ihre Gesundheit denken können und die Krankenhäuser Einkommensverluste ausweisen, sollen Kapazitäten im Gesundheitswesen abgebaut werden. Weil die Arzneimittelkonzerne unverschämte hohe Preise verlangen und die Ärzte schwindelerregende Honorare kassieren, soll die Arbeiterklasse bezahlen. Dies darf nicht so weitergehen!

Körperliches, geistiges und soziales Wohlbefinden ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Dieses Bedürfnis muß endlich befriedigt werden.

Deshalb:

- Gesicherter Arbeitsplatz oder voller Lohnausgleich
- Schluß mit der Arbeitshetze
- Verkürzung der Arbeitszeit
- Verstärkte medizinische Forschung
- Kostenlose, umfassend erweiterte Gesundheitseinrichtungen und -dienste unter demokratischer Kontrolle der Gewerkschaften, Regierung und aller betroffenen Gruppen.
- Verstaatlichung der Arzneimittelkonzerne und Herstellungsbetriebe medizinischer Geräte und demokratische Kontrolle durch Belegschaft, Gewerkschaft und Regierung. -UB-

Siehe auch Artikel auf Seite 6



WELCHER WEG?

Landauf landab bieten die Jungsozialisten in der SPD in fast allen Untergliederungen dasselbe Bild. In vielen Regionen schrumpfen Arbeitsgemeinschaften zusammen oder lösen sich gar ganz auf, oft tragen nur wenige beharrliche Juso-Mitglieder die ganze Arbeit, die vielbeschworene "Basismobilisierung" ist meistens im Sande verlaufen. Nach der großen Begeisterungswelle im Bundestagswahlkampf 1972 und der Aufbruchstimmung der Jusos 1969 betrachten jetzt viele Genossen die Situation nüchterner als damals.

Im Bezirk Franken (das entspricht etwa Nordbayern) haben sich nach Auskunft des SPD-Bezirks-Vorsitzenden Bruno Friedrich 96 Juso-Arbeitsgemeinschaften aufgelöst, oder sind eingetrocknet. Das entspricht fast der Hälfte aller vor 2 Jahren bestehenden AGs. In Essen ist die Anzahl der Juso-AGs ebenfalls auf die Hälfte gesunken. In Baden-Württemberg sind ganze Kreisverbände "eingeschlafen".

Gleichzeitig gibt auch der stellvertretende Vorsitzende Hermann Scheer zu, daß die spontane Begeisterung seit langem "verstorben" ist. Aber gerade die schwankende Politik des Juso-Bundesvorstands in den letzten Jahren ist eine wichtige Ursache dafür, daß die Jusos immer noch in einer Abwärtsbewegung sind.

Noch 1972 hieß die Hauptparole "Sozialismus - weils vernünftig ist". Die Jusos unterstützten im damaligen Bundestagswahlkampf unkritisch die SPD und stärkten mit dieser Parole die Hoffnung, daß ein SPD-Wahlsieg die Bundesrepublik dem Sozialismus näherbringen würde.

Daran, daß nur zwei Jahre später die schwerste wirtschaftliche Rezession seit Kriegsende alle Reformwartungen zerstören würde, hat 1972 noch niemand gedacht.

Inzwischen hat die wirtschaftliche Krise den Bundesvorstand in ein anderes Extrem geführt. Am 8.12.75. verbreitete die Bundesvorsitzende Heidemarie Wiczorek-Zeul vor den Jungsozialisten des Kreises Berlin-Wilmersdorf tiefen Pessimismus. Heutzutage, so sagte sie, gäbe es verschärfte Verteilungskämpfe auch unter den Arbeitnehmern, und bevor man von Demokratisierung reden könne, müsse man sehen, daß die Arbeiterklasse gespalten werde durch die Wirtschafts- und CDU-Politik, daß deshalb die Basis für Veränderungen geschwächt sei und faschistische, autoritäre Lösungen schließlich unvermeidlich seien.

Neben diese offensichtliche Schwankungen (zuerst Sozialismus, dann Faschismus) tritt noch ein weiterer Punkt:

Die Jungsozialisten sind nach wie vor ein Verband der Studenten und Junglehrer. Lehrlinge, Jungarbeiter und Angestellte spielen in den meisten Arbeitsgemeinschaften die zweite Geige oder sind gar nicht in die Juso-Arbeit integriert. Auf den Konferenzen wird meistens abstrakt betont, wie wichtig eine Verankerung der Jusos in den Betrieben sei,

Fortsetzung auf Seite 3

Kämpferische Gewerkschaftsjugend

10. Bundes-Jugendkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik,

Der frische Wind der gewerkschaftlich aktiven Jugendlichen blies sehr stark auf der 10. Bundes-Jugendkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik Anfang Januar in Leverkusen. In zahlreichen Anträgen und Resolutionen aus den Bezirken und Wortmeldungen auf dem Kongreß selbst kritisierten die jungen Gewerkschafter die konkreten Mißstände, die das kapitalistische System im Betrieb wie überhaupt im Leben der arbeitenden Jugendlichen verursacht, und stellten eine Reihe wichtiger Forderungen auf. Unzufriedenheit mit der Politik der Bundesregierung und der teilweise nachgiebigen Haltung der eigenen Gewerkschaftsführung wurde ebenfalls deutlich.

Antrag 1 der Bezirksjugendkonferenz Westfalen forderte prozentual gestaffelte Ausbildungsvergütungen, die am Facharbeiter-Tariflohn orientiert sein müßten: im ersten Ausbildungsjahr 60, im zweiten 70 im dritten 80 und im vierten 90 Prozent des Facharbeiter-Tariflohns. In der Begründung des Antrags heißt es: "Die Forderungen der Auszubildenden dürfen nicht losgelöst sein von denen der älteren Kolleginnen/Kollegen. Die Lage der Auszubildenden im Betrieb als Bestandteil der gesamten Arbeitnehmerschaft muß auch in Lohnfragen gewährleistet sein. Die produktive Tätigkeit der Auszubildenden im Betrieb muß bei Tarifforderungen berücksichtigt werden."

In Antrag 17 ging die Bezirksjugendkonferenz Baden-Württemberg auf die Arbeitslosigkeit ein: "Alle gewerkschaftlichen Gremien der IG Chemie-Papier-Keramik werden aufgefordert, sich mit dem Problem der Arbeitslosigkeit zu befassen... ist es notwendig... sinnvolle Forderungen, wie Arbeitszeitverkürzung, Urlaubsverlängerung usw. zu stellen."

Die Bezirks-Jugendkonferenz Nordrhein stellte fest (Antrag 19): "Die derzeitige Krise ist im Rahmen und mit den Mitteln der marktwirtschaftlichen Ordnung nicht aufhebbar... Es ist zu fragen, ob die alleinige Forderung nach paritätischer Mitbestimmung das All-

heilmittel sein kann. Es muß vielmehr verstärkt über alternative Modelle zur Weiterentwicklung in den gewerkschaftlichen Beschlußgremien diskutiert werden".

Aus Hessen kam die Forderung, daß die Berufsausbildung dem Griff der Unternehmer und ihrer Kammern entzogen werden soll. "Die Unternehmer dürfen nichts mehr mit der Berufsausbildung zu tun haben, d.h. es müssen regionale Anstalten zur Durchführung der Berufsausbildung unter Kontrolle der Gewerkschaften eingerichtet werden" (Antrag 31).

Gleichzeitig verlangte der Antrag einheitliche Ausbildungsvergütungen, die es den Auszubildenden ermöglichen, finanziell unabhängig von Dritten zu leben. Antrag 38 aus Baden-Württemberg befasste sich mit der Jugendarbeitslosigkeit: "...fordern wir für alle Jugendlichen die Möglichkeit, praktisch und theoretisch so ausgebildet zu werden, daß sie dazu in der Lage sind, eine Prüfung als Facharbeiter abzulegen."

Aus Niedersachsen kam die Forderung, "...gesetzliche Möglichkeiten zu schaffen, nach denen allen Auszubildenden - sofern sie es wünschen - nach Beendigung ihrer Ausbildung ein Arbeitsplatz in ihrem erlernten Beruf anzubieten ist." (Antrag 43). Ebenfalls Niedersachsen brachte die Aufforderung an alle gewerkschaftlichen Gremien und Organe, "arbeitslose Kolleginnen und Kollegen stärker als bisher in die gewerkschaftliche Arbeit einzubeziehen" (Antrag 56).

Niedersachsen brachte in Antrag 80 die Forderung nach den gleichen staatsbürgerlichen Rechten, die jeder Staatsbürger außerhalb der Bundeswehr hat, auch für die Angehörigen der Bundeswehr. Und schließlich forderte Niedersachsen in Antrag 84 den Hauptvorstand auf, den "Kampf der spanischen Kollegen für eine demokratische sozialistische Gesellschaft" innerhalb und außerhalb von Spanien verstärkt zu unterstützen.

Nachträglich kritisierten verschiedene Redner und Anträge das Vorgehen der eigenen Gewerkschaftsführung in der Tarifrunde 1975: "Die Tarifrunde 1975 wurde über die Köpfe der Mitglieder und Vertrauensleute abgeschlossen... Es wurde diesmal gar nicht daran gedacht, Forderungen von den Vertrauensleuten aufzustellen und auf Verwaltungsebene bzw. Bezirksebene zu vereinheitlichen" (Antrag 7).

"...wurden, entgegen unseren Richtlinien zur Tarifarbeit, die Vertrauensleute ausgeschaltet. Die Unzufriedenheit über das Verfahren war sehr groß. Wir mußten uns bei Gesprächen mit organisierten Belegschaften gefallen lassen, daß man uns vorwarf, daß in unserer Organisation keine demokratischen Verhältnisse herrschen und daß die Einflußmöglichkeiten der Mitglieder außer Kraft gesetzt werden" (Antrag 8).

Tarifrunde 75

Ein Kollege aus Duisburg meinte im Rückblick auf die Tarifrunde, daß den Vertrauensleuten von der Gewerkschaftsführung gesagt worden sei, sie sollten erst einmal die weitere wirtschaftliche Entwicklung abwarten und noch keine Forderungen aufstellen. In der Zwischenzeit sei jedoch mit den Bossen über das Ergebnis verhandelt worden, so daß die ahnungslose Basis dann am Ostermontag vor vollendeten Tatsachen gestanden hätte - nach dem Motto "Die Würfel sind gefallen".

"Die Tarifrunden müssen immer an der Basis diskutiert werden. Wir müssen Würfel und Würfelbecher wieder in die Hand bekommen", forderte der Kollege. "Die Tarifrunden sind so mitgliedernah wie möglich durchzuführen. Die Tarifforderungen in den kommenden Jahren sind durch die Mitglieder bzw. die gewerkschaftlichen Vertrauensleute der IG Chemie aufzustellen. Zur Vereinheitlichung der Forderungen sind zentrale Versammlungen auf Verwaltungsebene und Bezirksebene durchzuführen", war die Konsequenz für zukünftige Tarifrunden, wie sie in Antrag 7 aus Hessen dargelegt wurde.

In der Diskussion über die Tarifrunde 1975 wurde die wirtschaftliche Krise den Spielraum der Gewerkschaften einengen würde. Kollege Weber (Gießen) berichtete, daß nach seiner Erfahrung die wirtschaftliche Schwierigkeit die gewerkschaftliche Jugendarbeit intensiviert habe. Und Kollege Hartmann (Duisburg) meinte, wer von einer "Einengung des Spielraums" rede, der vergesse, daß es Spontaneität gebe, daß es die Aufgabe der Gewerkschaften sei, zu kämpfen. Kollege Thieser (Ludwigshafen), gleichzeitig Mitglied des Juso-Bundesvorstands, meinte, Demonstrationen und Lehrlingstreiks hätten gezeigt, daß eine Aktivierung möglich sei und der Spielraum nicht eingeengt sei.

Die zentrale Demonstration am 8. November in Dortmund hat, so der Kollege Döschner (Krefeld), gezeigt, daß ein Wille zu Veränderung da ist, ein Wille zum Schluß mit einer wirtschaftlichen Ordnung, die uns nichts mehr bieten kann - weder Arbeit, noch Ausbildung, noch soziale Sicherheit. Die Kollegin Kaul aus Darmstadt forderte eine 35-Stunden-Woche und 6 Wochen Jahresurlaub. "Wir müssen uns holen, was wir zum Leben brauchen."

Die Gewerkschaften müßten jetzt klar sagen, auf welcher Seite sie stehen, das Motto "Was dem Unternehmer nützt, das nützt auch Dir" dürfe nicht gewerkschaftlicher Grundsatz sein.

In der Debatte über den Rechenschaftsbericht wurde auch die Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaften kritisiert. Ein Kollege aus Frankfurt bemängelte, daß bei Höchst ein Gewerkschaftsflugblatt unter dem Motto "Kurzarbeit - aber es gibt Schlimmeres" verbreitet wurde. Und ein Mannheimer Kollege meinte, in dem offiziellen Informationsmaterial der Gewerkschaften bekomme man den Eindruck einer großen Versicherungsgesellschaft, die für das Mitglied bessere Arbeitsbedingungen und Tarife aushandele. Es werde dabei zwischen Funktionären und Basis getrennt. Den Mitgliedern werde nicht gesagt, daß nur gemeinsam Forderungen durchzusetzen seien und daß eine kampfbereite Basis hinter den Funktionären notwendig sei. Die Stellung im kapitalistischen System müsse richtig eingeordnet werden, damit man dagegen angehen könne.

Neue Epoche

In ihren Kommentaren und Betrachtungen zum Jahreswechsel 1975/76 haben Bürgerliche Kommentatoren und Staatsmänner auch darauf hingewiesen, daß nun das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts begonnen habe. Allerdings war von großer Zuversicht, von Aufbruchstimmung und Weltfreude wenig zu spüren.

So hieß es in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, dem Sprachrohr der westdeutschen Kapitalistenklasse, in einer Betrachtung unter dem Motto: "Das Stimmungsbild der Epoche fällt": "...Auch die Zuversicht der fünfziger Jahre ist fast nirgends mehr zu finden... Eine Welle von Pessimismus geht durch die Welt... Ein Wort des amerikanischen Außenministers geht um, aus Überreiztheit und dem Wunsch, Fehler nicht wahrhaben zu müssen, geboren: Überkurz oder lang werde ganz Europa marxistisch werden. Das Wort fand Gehör bei bereitwillig Erschauernden. Europa empörte sich nur halbherzig... Der Glaube an die "Machbarkeit" ist dahin. Statt dessen breitet "Krisenbewußtsein", ja Panik sich aus...."

lik "bröckeln Fronten", nach einem beeindruckenden wirtschaftlichen Aufschwung bis 1973 seien aber jetzt Arbeitslosigkeit und Exportschwund wichtiger als äußere Gefahren.

Die FAZ trauert den "goldenen" zwanzig Jahren nach dem letztem Weltkrieg nach: "Erfolg..stärkte Zuversicht und Übereinstimmung, und diese halfen dem Erfolg auf immer größere Beine."

In der Tat zeigt der innere Zustand der kapitalistischen Länder, daß die Planer und Strategen der herrschenden Klasse absolut keinen Grund haben, zuversichtlich und optimistisch zu sein. Überall hat der riesige Wirtschaftsaufschwung nach dem zweiten Weltkrieg die Arbeiterklasse als gesellschaftliche Kraft gestärkt, den allgemeinen Lebensstandard beträchtlich erhöht, und das Selbstvertrauen der Arbeiterklasse angehoben. Aber gerade darin liegt der Sprengstoff für die Zukunft.

Jeder Versuch der Kapitalisten, den Arbeitern ihre Errungenschaften wieder zu nehmen, wird den schärfsten Widerstand der Arbeiter hervorrufen. Die neue Generation der Arbeiterklasse wird keine Rückkehr zu Hunger, Elend und Not zulassen. Die Klassenkämpfe des Jahres 1975, von Argentinien bis Australien, von Spanien bis Schweden, waren eine erste Vorwarnung dessen, was in den kommenden Jahren an Stürmen und Erschütterungen zu erwarten ist.

Annamarie Färber

Ohne Beschäftigung

Nach vorsichtigen Schätzungen wird es im Winter in der BRD 1,5 Millionen Arbeiter geben, die ihre Arbeitsplätze verloren haben. Aber, keine Angst, es gibt konservative und 'liberale', die behaupten, in Wahrheit gäbe es nur ca. die Hälfte der 'Arbeitslosen' wirklich, die in den offiziellen Statistiken angegeben sind. Wenn es nach ihnen geht, muß man ca. 250 000 abziehen, die es selbst in 'normalen Zeiten' immer gibt; das sind die motorischen 'Paulenzen', die gar nicht in der Lage sind, regelmäßig zu arbeiten. Weitere 250 000 seien Leute, die im Moment zwischen zwei Jobs stehen und gerade dabei sind, den Arbeitsplatz zu wechseln, und weitere 50 000 gehen ab, weil sie sowieso nur berufsmäßige Pensionäre sind, die in Wirklichkeit keine neue Arbeit suchen. Also, wenn Ihr zu den 550 000 gehört, die eigentlich gar nicht dazu gehören von heute an könnt Ihr ruhig schlafen - Ihr seid nicht wirklich arbeitslos, es ist halt nur, daß Ihr gerade keine Beschäftigung habt!

Berge

Die Europäische Gemeinschaft bricht alle Rekorde! Nach Butter- und Rindfleischberg und Weinschnee hat sich jetzt ein neuer europäischer Berg herausgebildet: der Magermilchpulverberg.

Der Kapitalismus war seit jeher verschwenderisch und völlig unfähig, die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Aber es sieht so aus, als ob die Ergebnisse noch katastrophaler werden, wenn kapitalistische Länder versuchen, sich zusammenzurufen, um ihr System zu stabilisieren.

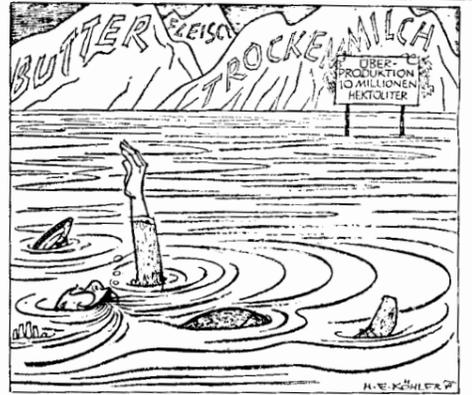
Während in der unterentwickelten Welt Milliarden Menschen hungern und die Nahrungsmittel bei uns ständig teurer werden (der Preis für 2,5kg Kartoffeln stieg in einem Jahr von 1,01 auf 2,13 DM), läßt die EG mit riesigen Kosten Nahrungsmittel vernichten - Kartoffeln, Orangen, Tomaten, Wein!

In den Lagerhäusern vergammeln gegenwärtig nach offiziellen Zahlen 1,1 Millionen Tonnen Magermilchpulver, über die Hälfte dessen, was 1975 insgesamt produziert wurde. Zu diesem "sichtbaren" Überschub kommen nach weitere 1,5 Millionen Tonnen "unsichtbarer" Überschub - etwa in Form von flüssiger Magermilch.

Im Grunde genommen ist also die gesamte Magermilchproduktion Überschubproduktion. Allein das Aufstapeln und Lagern des Pulvers hat bisher weit über 2,4 Milliarden DM gekostet, die Lagerung des Rindfleischberges dagegen "nur" 1,2 Milliarden DM. Trotz einer staatlichen Verfütterungsprämie von 1310 DM je Tonne geht die Verfütterung des Pulvers weiter zurück, weil es im Vergleich zu anderen Eiweißträgern viel zu teuer ist.

Für 1976 kann man mit einem sichtbaren Überschub von 2 Millionen Tonnen rechnen. In Brüssel will man Abhilfe schaffen: Die Futtermittelhersteller sollen gezwungen werden, Magermilchpulver in Mischfutter einzuarbeiten. Dies bedeutet letzten Endes eine Verteuerung der Verbraucher-Endpreise! Und die Milch muß bearbeitet, gekühlt, getrocknet, gelagert, umgewälzt und unter Verlust wieder verkauft werden, bevor sie weiter verfüttert wird.

Ein anderer "Experte" machte den Vorschlag, den Milchbauern 2,1 Milliarden DM als Subvention zuzuschießen,



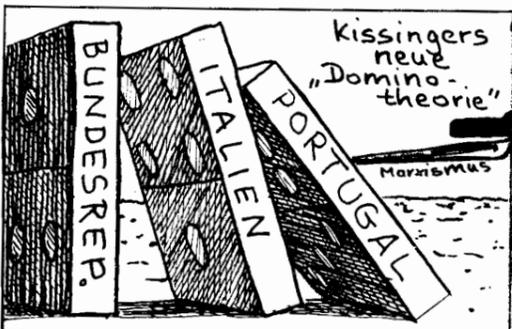
Frankfurter Allgemeine Zeitung
„Bevor ich in diesem Weinssee ertrinke - einen letzten Blick auf meine geliebten Berge...“

damit sie das Zeug wieder als Tierfutter verwenden können. Ein wahrhaft origineller Gedanke: Die Milch soll wieder zum Ausgangspunkt ihres Weges zurück in den Magen der Kuh. Also zuerst Subventionen, damit aus der Kuhmilch gepulverte Milch wird, und dann nochmals Subventionen, damit dies wieder an die Kuh verfüttert wird.

Als Rechtfertigung für diese Politik wird angeführt, daß in manchen europäischen Regionen die Milchviehhaltung die Haupterwerbsquelle der Bevölkerung überhaupt ist und 3 Millionen landwirtschaftliche Betriebe sonst ohne Existenzgrundlage wären. Auf kapitalistischer Grundlage kann der Ausweg nur sein: Man gibt den Bauern Geld dafür, daß sie in Zukunft weniger oder gar nichts mehr produzieren.

Mit finanziellen Anreizen wurden die Winzer angewiesen, die Traubenproduktion zu begrenzen. Der Zentralverband der Geflügelwirtschaft warnte bereits die großen Eierfabriken vor einem zu großen Bestand an Legehennen.

Nichts bringt klarer das kapitalistische wirtschaftliche Chaos zum Ausdruck als diese Zahlen und Tatsachen. Nichts spricht ebenfalls besser für die Notwendigkeit einer geplanten, sozialistischen Ordnung in ganz Europa. Denn unter den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa würde nur das produziert werden, was gebraucht wird und wäre gleichzeitig für jeden im Überfluß das vorhanden und verfügbar, was er zum Leben braucht. Die gegenwärtige Politik der Überproduktion und Subventionierung dient weder dem Arbeiter, der ja die Subventionen mit seinen Steuergeldern finanziert, noch dem bayerischen oder niedersächsischen Kleinbauern, der seine Existenz bangen muß.



In einem Leitartikel zur Nato-Winterkonferenz kommt die FAZ (20.12.75.) zu dem Schluß, daß der innere Zustand den Nato-Mitgliedsstaaten mehr Sorgen macht als das äußere Feindbild des Warschauer Paktes. Es folgt eine Beschreibung der einzelnen Nato-Staaten: Die Türkei und Griechenland seien mehr mit der gegenseitigen Bedrohung als mit der "Roten Flotte" beschäftigt, in Italien drohe ein Bürgerkrieg, Portugal trage Bürgerkriegscharakter, außerdem könne die "Portugalisierung"... wie ein Virus andere Heere anstecken. England sei ein "strategisch schwankender Partner", zunehmend von innenpolitischen Schwierigkeiten erdrückt (Irland, Arbeitslosigkeit, wirtschaftliches Tief), in Frankreich mache sich der "Antiamerikanismus" breit, selbst in Holland, Belgien, Skandinavien und der Bundesrepub-

aber eine echte Umorientierung ist bisher ausgeblieben, klare und deutliche Anleitungen zur Betriebsarbeit hat der Bundesvorstand bisher nicht herausgebracht.

So wundert es niemanden, wenn etwa in Baden-Württemberg in etwa nur 10% der Kreisverbände, also weniger als einem halben Dutzend, Betriebsarbeitskreise bestehen. Das gesamte angebotene Material wie auch das Niveau der Diskussionen ist meistens zu akademisch, zu sehr von den wirklichen Problemen in den Betrieben und Schulen abgehoben. Außerdem sind auch die vom Bundesvorstand ausgearbeiteten konkreten Forderungen weder dazu geeignet, junge Arbeiter für die Jusos zu gewinnen, noch ihnen vor allem eine sozialistische Perspektive anzubieten.

Demokratie und Gleichheit

Im Herbst nun hat der Juso-Bundesvorstand unter dem Titel "Demokratie und Gleichheit" eine Broschüre mit dem Anspruch "die aktuellen Forderungen" herausgegeben. Wir wollen hier nicht auf das gesamte Programm eingehen, sondern einige Hauptforderungen herausgreifen, mit denen die Verfasser der Krise begegnen wollen. Im Abschnitt "Sicherung der Arbeitsplätze und Verwirklichung der Forderung nach Gleichheit" heißt es: "Sozialdemokratische Politik muß dafür sorgen, daß die Verschärfung der Verteilungskämpfe nicht zu einer Spaltung der Gruppen der Arbeitnehmer führt".

Also auch hier: Pessimismus, tiefes Mißtrauen.

Unter "Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" wird dann gesagt:

"Die Jungsozialisten treten deshalb für eine Verlängerung des Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung auf 18 Monate ein. Ebenso fordern sie ein Verbot von Massenentlassungen."

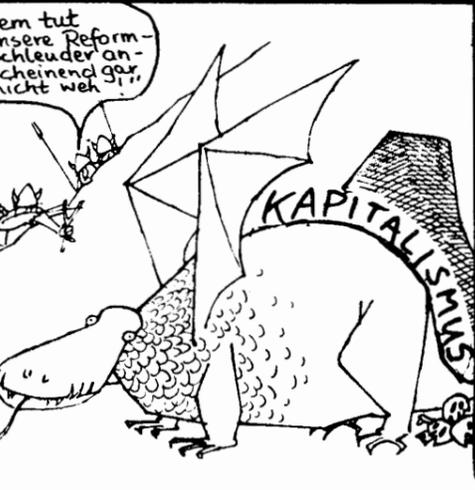
KRISE

Antrag der Juso-AG Altheng - stett zur Landeskonferenz Baden-Württemberg.

Die gegenwärtige internationale Krise des Kapitalismus hat erneut den Arbeitern in aller Welt mit Deutlichkeit gezeigt, daß das kapitalistische System die Grundbedürfnisse der Menschen nach garantierter Arbeit, Bildung, menschenwürdiger Wohnung, nach angemessenem Lebensstandard und sozialer Sicherheit nicht befriedigen kann. Dies hat der Kapitalismus selbst in der hinter uns liegenden langen Aufschwungsperiode nicht geschafft, viel weniger kann er es in der gegenwärtigen Krise leisten: 1974 verdienten 52% aller Arbeiter und 94% aller Arbeiterinnen netto monatlich weniger als 1000 DM (nach Hans Preiss, IG Metall-Vorstand).

In der Krise versucht das Kapital, alle von der Arbeiterklasse in der Aufschwungsphase erkämpften und erarbeiteten Errungenschaften wieder abzubauen. (Erhöhung der Arbeitslosen- und Rentenversicherung, Streichung von über tariflichen Zulagen, Abbau der Unterstützung für Schüler und Studenten. Reduzierung der Mittel für Umschulung Arbeitsloser.) Das private Profitstreben, Wesen des Kapitalismus, zwingt zu diesen Maßnahmen.

Die gegenwärtige Krise ist gekennzeichnet durch stark zurückgegangene oder zumindest angegriffene Profite. Nach Wirtschaftsstatistiken (FAZ) betrug von je 100 DM Umsatz der Gewinn 1973 nach 2,41 DM, 1974 2,11 DM und wird nach Schätzungen 1975 bei 1,85 DM liegen. Profite sind die unbezahlte Arbeit der Arbeiterklasse. Deshalb können Profite nur vorübergehend "stabilisiert" werden, wenn der Anteil der Arbeiter am Arbeitsertrag gesenkt wird, d.h. wenn man den Lebensstandard reduziert. (Schleyer: Die Arbeitnehmer in der BRD müssen zeitweilig auch hinnehmen, daß die Lohnsteigerungen vor-



Das heißt konkret:

Die unverschuldet arbeitslos gewordenen Arbeiter (ollen 18 Monate lang 68% beziehen und erst dann auf die Arbeitslosenhilfe absinken. Also soll der Zeitpunkt, wo der Betroffene nur noch knapp über dem Existenzminimum liegt, um 6 Monate verschoben werden. Verbot von Massenentlassungen heißt: Entlassungen grundsätzlich ja, aber nur bis zu einer bestimmten Schwelle (49 Personen im Monat).

Man kann sich an seinen 5 Fingern abzählen, daß mit solchen Forderungen kein Schwein mehr anzulocken ist, geschweige denn ein Arbeitslosersich sagen könnte, "die Jusos vertreten voll meine Interessen".

In den Gewerkschaften und in der SPD wurden, was Arbeitslosigkeit betrifft, viel klarere, radikalere und verständlichere Forderungen aufgestellt. Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung

stellte auf dem DGB-Bundeskongreß den Antrag,

"...auf den Gesetzgeber einzuwirken, daß durch eine Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes die Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bis zur Höhe des bisher erzielten Nettoentgelts angehoben werden". Der Kongreß verabschiedete den Antrag mit der Abänderung "...bis zur Höhe von 90%...". (Protokoll)

Und selbst dem Mannheimer SPD-Parteitag lag ein Antrag des Unterbezirks Hannover-Stadt vor, der eine Ausdehnung des Zeitraums für Arbeitslosengeld von 1 auf 2 Jahre und keine materiellen Einbußen bei Arbeitslosigkeit forderte. (Antrag Nr. 370)

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung begründet auch ihre Forderung: "Die Gewerkschaften haben als primäre Aufgabe der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik immer wieder die Erhaltung der Vollbeschäftigung gefordert....Arbeitnehmer, denen diese "Recht auf Arbeit" nicht eingeräumt wird, haben dann konsequenterweise ebenso wie bei Arbeitsverhinderung aus anderen Gründen Anspruch auf Barleistungen in Höhe des Nettoeinkommens." (Antragsheft)

übergehend unter der Teuerungsrate der Lebenshaltungskosten bleiben.)

Wer das kapitalistische System in der Krise aufrechterhalten will, muß dies also zwangsläufig auf dem Rücken der Arbeiterklasse tun. Aus diesem Grunde schließen sich eine Beibehaltung des Systems und eine Durchführung des Programms der inneren Reformen zugunsten der Arbeiter aus. Dies zeigt die Erfahrung in der BRD wie auch international: Jede Regierung, die mit einem Programm innerer Reformen angetreten ist, steht besonders in Krisenzeiten unter einem ungeheuren Druck der von Großkonzernen und Banken beherrschten Wirtschaft. (Erpressung des BDI: 60 000 neue Lehrstellen im Austausch gegen die Bildungsreform; Investitionen nur bei Steuererleichterungen für die Unternehmer.)

Die Interessen von Arbeit und Kapital können nicht friedlich nebeneinander existieren. Eine solche Regierung muß sich entweder Drohungen, Sabotage und Druck der Unternehmer beugen und frontale Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiter starten oder wirklich die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung vertreten. Das bedeutet:

40 Stunden Woche

Eine gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche wurde auf der Landesdelegiertenkonferenz der baden-württembergischen Jusos gefordert. Diese Forderung ist schon uralt. 1919 wurde in Deutschland die 40-Stunden-Woche von den Kapitalisten aus Furcht vor Enteignung und Sozialisierung zugestanden, wenige Jahre später jedoch wieder zurückgenommen.

demokratische presse

Im Rahmen einer Juso-Aktion "pro demokratische presse" verteilten Schöneberger Jusos Flugblätter auf dem Wittenbergplatz. In den Flugblättern wurde auf die erdrückende Position der Springer-Zeitungen in Westberlin hingewiesen: 75% der Auflage wird von seinen arbeiterfeindlichen Zeitungen gestellt! Rechnet man noch die ebenfalls konservativen Blätter "Tagesspiegel" und "Abend" hinzu, so bleibt für die SPD-nahestehenden Berliner Tageszeitungen ein Anteil von sage und schreibe 3,7%. Daraus ergibt sich, daß es mit einer bloßen Aufklärung über den reaktionären Charakter der Springer-Zeitungen nicht getan sein darf: die Leute haben ja gar keine andere Wahl, als seine Zeitungen zu kaufen. Wenn man sich die Ergebnisse der letzten 3 Berliner Wahlen ansieht, so ist ganz offensichtlich, daß seine Manipulationen bereits phantastische Wirkungen zeigen. Langfristig müßte der Versuch gemacht werden, in Berlin eine fortschrittliche Alternativzeitung zu gründen. Ob die Parteiführung diesem Vorhaben allerdings ihre Unterstützung geben würde,

Demgegenüber wirkt die Forderung aus dem Juso-Gleichheitsprogramm wie eine schüchterne Anregung der CDU-Sozialausschüsse. Soziale Gleichheit wird ohnehin nicht erreicht.

Ein echter Sozialist muß aber Forderungen aufstellen und ein Programm anbieten, das zur Verteidigung des angegriffenen Lebensstandards dient und nicht nur die erheblichen finanziellen Einbußen geringfügig abschwächen soll. Die einzigen realistischen, das heißt zur Erhaltung des Lebensstandards, gegen die Arbeitslosigkeit aufzustellenden Forderungen heißen:

- Keine Entlassungen
- Einen garantierten Arbeitsplatz oder vollen Lohnausgleich
- Bei Rationalisierung und zurückgegangenen Aufträgen Aufteilung der Arbeit unter allen Arbeitern ohne Lohnverlust
- Offenlegung der Geschäftsbücher
- Verstaatlichung der Industrie

Bereits auf dem Bundeskongreß 1975 in Wiesbaden hatte die Bundesvorsitzende angezeigt, daß sie das Problem Arbeitslosigkeit isoliert und kurzfristig sieht und lösen will: "Ziel ist kurzfristig die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und eine langfristige Strukturveränderung..."

Also dieses System kann erst verändert werden, wenn die Arbeitslosigkeit auf der Grundlage der kapitalistischen Ordnung beseitigt worden ist?

- In dieser "Logik" schlägt das "Gleichheitsprogramm" eine Reihe von Maßnahmen zur "kurzfristigen Reduzierung der Arbeitslosigkeit" vor:
o Einführung des 10. Pflichtschuljahres
o Einführung des Berufsgrundbildungsjahres
o Ausschöpfen bzw. Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze
o Arbeitszeitverkürzung
o Verlängerung des Jahresurlaubs
o Allgemeiner Bildungsurlaub

Es ist klar, daß jeder diese Forderungen unterstützen muß. Aber wie sollen sie finanziert werden? Aus wessen Taschen? Würde man die Unternehmer dafür zur Kasse bitten, so würde

ander existieren. Eine solche Regierung muß sich entweder Drohungen, Sabotage und Druck der Unternehmer beugen und frontale Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiter starten oder wirklich die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung vertreten. Das bedeutet:

- Verstaatlichung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen bei demokratisch festgelegten Entschädigungen,
- Planung und Lenkung der Produktion durch von der Basis demokratisch gewählte Gremien auf der Grundlage tatsächlicher Bedürfnisse,
- Arbeiterkontrolle und -verwaltung unter Einbeziehung anderer betroffener Bevölkerungsschichten,
- Aufsichtsräte in den verstaatlichten Firmen zusammengesetzt aus je einem Drittel Vertretern der Regierung, der Gewerkschaften und der jeweiligen Belegschaft.

Bereits um die Jahrhundertwende hat der Sozialdemokrat Karl Ballod errechnet, daß bei zweckmäßiger Organisation der sozialistischen Wirtschaft und bei Ausnutzung aller technischen Mittel (auf die Mitte der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts bezogen) das Einkommen der Arbeiter verdoppelt oder verdreifacht und die Arbeitszeit auf die Hälfte des "jetzigen Ausmaßes" reduziert werden könnte. Was damals galt, gilt heute noch mehr. In den Gewerkschaften wird bereits die 35-Stunden-Woche gefordert. Warum müssen die Jusos immer hinterherhinken?

ist sehr fraglich: schließlich hat sie die parteinahen Zeitungen "Telegraf" und "Nachtdespeche" versauern und vertrocknen lassen.

Zwei Beobachtungen bei der Flugblattaktion waren für mich interessant: Einige Jüngere konnten sich nicht vorstellen, daß "eine Partei wie die SPD" hinter einer Anti-Springer-Kampagne stehen könne. Deshalb müssen bei einer Aktion wie dieser gleichzeitig Broschüren über die übrige Arbeit der Jusos verteilt werden. Einige ältere Passanten äußerten ihren Unmut über "noch'n Flugblatt". Gerade hier in Berlin haben wir Jusos mit einer Übersättigung der Leute mit linken Flugblättern zu kämpfen; auf demselben Platz und zur selben Zeit wie wir versuchten z.B. zwei K-Gruppen ihre Erzeugnisse an den Mann zu bringen. Als ich die Aktion als "sozialdemokratisch" bezeichnete, wurde die Haltung der Leute etwas weniger feindlich, einige gaben sich sogar als Genossen oder SPD-Wähler zu erkennen. Um das Prestige unserer Partei steht es schlecht, aber es ist noch nicht ganz verloren! Sigmund, Westberlin

dies ihre Profitspannen erheblich verringern und die Krise verschärfen. All diese Maßnahmen würden die Arbeitslosigkeit nicht grundsätzlich beseitigen, sondern bestenfalls aufschieben.

Der Mangel an Arbeitsplätzen und Ausbildungsstellen in der Wirtschaft würde weiter bestehen bleiben, die ansteigende Tendenz der Jugendarbeitslosigkeit nur etwas aufgehalten werden. Die Schüler der zehnten Klasse würden ebenso verzweifelt nach einer Stelle suchen wie heute die Schüler des neunten Schuljahres.

Bei Arbeitszeitverkürzung würden sich die Unternehmer natürlich mit Händen und Füßen dagegen wehren, den bisherigen Lohn weiter zu bezahlen. Ein Ausbau der flexiblen Altersgrenze wäre nur annehmbar, wenn der Anspruch auf Rente nicht verringert würde. Jahres- und Bildungsurlaub müßten natürlich erkämpft werden, denn freiwillig wären auch hier die Unternehmer nicht bereit, weniger Arbeitszeit für den gleichen Lohn hinzunehmen.

Advertisement for NPD Juso Jungsozialisten in der SPD. Text: WIE LASSEN SICH "KURZFRISTIGE" FORDERUNGEN DURCHSETZEN? WELCHE WEITERGEHENDE PERSPEKTIVE?

Es ist deshalb fahrlässig und irreführend, hier einen Katalog von "Möglichkeiten" anzuführen, die "kurzfristig" durchzusetzen sind, ohne entweder sinkende Reallöhne mit einzuplanen oder diese Forderungen im Rahmen einer umfassenden sozialistischen Perspektive anzubieten. Denn wer auf dem Boden der Wirklichkeit steht, der sollte erkannt haben, daß heute nicht Reformen, sondern Stagnation und Abbau von Reformen auf der Tagesordnung stehen.

Unter "Grundsätzen für die Umverteilung" wird auf Seite 20 die Forderung nach einer generellen Einkommenshöchstgrenze von 5000.- DM netto monatlich aufgestellt. Diese Forderung hat in der bürgerlichen Presse, bei den Unternehmern und bürgerlichen Parteien wie auch in der SPD-Führung scharfe Kritik hervorgerufen. Und es ist durchaus verständlich, daß sich die Privilegierten, die Kapitalisten, die von der Arbeit anderer gut leben, die Ärzte, Bankiers, die bestbezahlten leitenden Angestellten und andere Schmarotzer über eine solche Forderung empören würden.

Die parlamentarische Durchsetzung dieser Forderung hieße jedoch noch lange nicht, daß sie Wirklichkeit wird. Dazu müßten nämlich alle Privatkonten und Geschäftsbücher durchsichtig sein. Aber welcher Kapitalist würde von selbst auf seinen Reichtum und seine Macht verzichten? Gerade in der Krise brauchen die Kapitalisten doch den Staat, um auf dem Steuerwege die "zu hohen" Löhne wieder abzuschöpfen und als Subventionen in ihre Taschen fließen zu lassen!

Aber zudem wird die Forderung nach 5000.- DM Höchstgrenze so oder so die meisten Arbeiter kalt lassen. Denn was für ein Arbeiter überhaupt (von den Lotto-Gewinnern einmal abgesehen) kann je so viel verdienen? Wenn 1974 noch die Hälfte der Arbeiter und über 90% der Arbeiterinnen 1000.- DM und weniger verdienten und für viele durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit selbst diese bescheidene Summe fraglich geworden ist, so ist die aktuelle Forderung die nach einem gesicherten Mindesteinkommen. Doch gerade die Forderung nach einer unteren Einkommensgrenze etwa von 1200.- DM, nach einem garantierten Mindestlohn für alle fehlt in diesem "Gleichheitsprogramm"!

Man könnte hier noch eine ganze Reihe weiterer Forderungen aus diesem Programm herausgreifen, die durchaus zu unterstützen sind, aber die ein Sozialist nicht einfach isoliert anbieten darf, so wie ein Markthändler seine Äpfel, Birnen, Orangen, Bananen an den Mann bringen will.

Jeder Sozialist muß alle Forderungen - auch die oben angeführten - zur Behebung von Mißständen unterstützen. Aber für Sozialisten geht es in erster Linie darum, den alltäglichen Kampf um ein besseres Dasein, um kleine Reformen zu verbinden mit dem allgemeinen Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Denn Zugeständnisse, die die Kapitalistenklasse unter dem Druck der Basis mit einer Hand macht, wird sie mit der anderen Hand wieder wegnehmen. So folgen auf einen Schritt vorwärts zwei Schritte nach hinten.

Wer dies nicht sieht und weiterhin munter "kurzfristige Forderungen" ohne eine weitergehende Perspektive zu verkaufen versucht, der wird nie das Ziel erreichen, das schon vor über 100 Jahren im Programm unserer Partei festgelegt wurde: die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit. Hans-Gerd Öfinaer

ARBEITERKONTROLLE

"Das ist doch unsere Bude. Die haben wir doch aufgebaut. Geschuftet haben wir wie die Maulesel. Und das lassen wir uns nicht einfach wegjagen." (Der Erwitter Zementwerker Heinrich Peitz zum Arbeitskampf um die Zementfabrik Seibel und Söhne).

In allen Ländern Westeuropas wurde die organisierte Arbeiterbewegung in den letzten Jahren mit der Frage konfrontiert, wie Arbeitsplätze, Sozialleistungen und der Lebensstandard überhaupt gesichert werden könnten. In machtvollen Streikbewegungen haben Millionen ihren Willen zum Ausdruck gebracht, das Errungene zäh und unnachgiebig zu verteidigen. Dabei besetzten vor allem in Italien, Spanien, Frankreich und Großbritannien und neuerdings auch in der Schweiz (16.1.76 in der Uhrenfabrik Bulova bei Neuchâtel) ganze Belegschaften ihre Betriebe, um eine Stilllegung und damit den Verlust ihrer Arbeitsplätze zu verhindern.

Das Beispiel der besetzten und von den Arbeitern verwalteten Uhrenfabrik LIP im ostfranzösischen Besançon fand in ganz Westeuropa Beachtung und wurde mit großer Sympathie und Solidarität verfolgt. In Großbritannien entstanden "Arbeiterkooperativen", Betriebe, die der direkten Kontrolle durch einen kapitalistischen Direktor entzogen waren.

Am 1. Mai 1975 überreichte ein Vertreter der LIP-Arbeiter vor weit über 10 000 Teilnehmern einer Solidaritätskundgebung auf dem Marktplatz des westfälischen Erwitte einem Sprecher der Belegschaft von "Seibel und Söhne" symbolisch eine goldene Uhr, als ein Zeichen der Verbundenheit der beiden Belegschaften in ihrem Kampf. Die Werksbesetzung im Frühjahr 1975 hatte im In- und Ausland ein starkes Echo gefunden - bisher wurden über 240 000 DM für den Kampf der Zementwerker gespendet, die IG Chemie und die SPD-Bundestagsfraktion erklärten sich solidarisch.

In der Tat zeigen die verschärften Arbeitskämpfe der letzten Jahre an, daß die Epoche der "Klassenharmonie" vorüber ist. Schon 1968 erschütterte die größte Streikwelle der Geschichte die Herrschaft der französischen Kapitalisten. Über 10 Mio. Arbeiter besetzten im Mai '68 die Betriebe, Ban-

ken, Bergwerke, Bahnhöfe, Schulen, Universitäten, Kaufhäuser, Ämter - die Machtorgane des Staates waren gelähmt, der damalige Staatspräsident de Gaulle packte seine Koffer und stellte fest: "Das Spiel ist aus."

Aber weil die Kämpfe der Arbeiter nicht von einer marxistischen Führung vereinheitlicht, zusammengefaßt und koordiniert wurden, mußten die Arbeiter die Macht, die sie praktisch im ganzen Land besaßen, wieder an den gaullistischen Staatsapparat und die Kapitalistenklasse abgeben.

Die Erfahrung in einer ganzen Reihe von selbstverwalteten Betrieben hat den betroffenen Arbeitern mehr Selbstvertrauen gegeben und der Öffentlichkeit gezeigt, daß die Arbeiter durchaus fähig sind, Fabriken in eigener Regie und zu ihrem eigenen Nutzen zu leiten. Unter der Herrschaft der Kapitalisten herrscht eine Routine und Engstirnigkeit im Betriebsalltag, Befehle werden bürokratisch von den Direktoren, Planern und Ingenieuren an die im Produktionsprozeß stehenden Arbeiter weitergegeben; ohne die Schranken des Privateigentums und privaten Profits kann sich der Erfahrungsreichtum, die Initiative des Einzelnen erst voll entfalten, indem nämlich die Arbeiter gemeinsam Planung und Produktion diskutieren, die Tätigkeit der Techniker und Ingenieure kontrollieren und durch freie und offene Aussprache zum bestmöglichen Ergebnis kommen.

Darum muß jeder Sozialist Betriebsbesetzungen begrüßen und jeden Kampf in der Richtung mit allen Mitteln unterstützen.

Sozialistische Insel

Aber vereinzelte Fabrikbesetzungen und Modelle der Arbeiterselbstverwaltung können noch längst nicht das System als Ganzes verändern; ohne eine weitergehende, die gesamte Gesellschaft betreffende Perspektive sind solche Initiativen zum Scheitern verurteilt, weil sie nicht als "Sozialistische Inseln" inmitten eines tobenenden kapitalistischen Meeres überleben können. Die Arbeiter von LIP haben gespürt, wie sehr ihr eigener Betrieb von einer kapitalistischen Umwelt abhängig ist - nämlich durch ein weitläufiges Netz von Verbindungen, Be-

ziehungen und Abhängigkeiten. Früher oder später wird auch LIP seine eigenen Arbeiter entlassen oder aber Konkurs anmelden müssen. Jeder Betrieb benötigt eine Vielzahl von Zulieferern von Rohstoffen und Einzelteilen, ist von Banken und Zinssätzen abhängig, muß seine Produkte über Großhändler und Kaufhäuser wieder absetzen. Schließlich gibt es noch einen Staat, dessen Organe (Polizei, Justiz, Armee) unter Umständen gewaltsam das "Experiment" zerstören können. Denn eines ist klar: Solange Modelle der Arbeiterselbstverwaltung nur auf wenige bankrotte Betriebe beschränkt bleiben, können sie noch von der bürgerlichen Öffentlichkeit widerwillig hingenommen werden. Sobald jedoch solche Modelle als Vorbild für eine Masse von Arbeitern dienen, sobald offensichtlich wird, daß die Arbeiter ohne kapitalistisches Management viel besser produzieren und den technischen Fortschritt nutzbar machen können, werden sich die Kapitalisten mit allen möglichen Mitteln wehren. Und selbst das Scheitern eines isolierten Versuchs wird die bürgerliche Presse zum Anlaß nehmen, um die "Faulheit, Unfähigkeit und Trägheit" der Arbeiter anzugreifen.

Sozialisten sollten deshalb bei einer einzelnen Besetzung die Ausweitung der Besetzung auf die gesamte Branche und ihre Verstaatlichung fordern.



ner eigenen tagtäglichen Erfahrung berichten können, wie die in immer kleinere Einzelteile zerlegten Arbeitsvorgänge die Initiative des Einzelnen hemmen, wie die Theoretiker in den Planungsbüros praxisferne Pläne entwerfen, wie tatsächliche Verbesserungen und Rationalisierungen nicht zu einer Verkürzung der Arbeitszeit, sondern zu einer verschärften Ausbeutung führen. In vielen Betrieben sind die Chefs aber auf Erfindungen und die schöpferischen, aus der jahrelangen Erfahrung kommenden Verbesserungsvorschläge der Arbeiter angewiesen und müssen deshalb die betreffenden Arbeiter mit Prämien abspesen, während der letztendliche Nutzen immer bei den Kapitalisten bleibt. "Tempo, Streß, Monotonie am Fließband, Schichtarbeit, Verminderung des Arbeitstaktes, Kleinzeitsystem wie MTM und sonstiger 'Refaschismus' - was es auch sei, die Arbeitsbelastungen werden von Jahr zu Jahr höhergeschraubt." (DGB)

Dazu noch werden oft über Nacht ganze Betriebe verkauft oder stillgelegt, so daß plötzlich Hunderte ohne Arbeit dastehen, werden Teile der Belegschaft entlassen, steigen die Preise ständig weiter, betreiben viele Kapitalisten Steuerflucht (dies ist offensichtlich ihre einzige Sorge).

All dies beweist die totale Unfähigkeit der Kapitalisten, die Betriebe im Interesse der Allgemeinheit zu führen und Unterstreicht die Notwendigkeit der Arbeiterkontrolle im Betrieb. Arbeiterkontrolle bedeutet Einblick in die Geschäftsbücher für alle Arbeiter, direkte Kontrolle aller Eingänge und Ausgaben, eine Enthüllung aller Vorgänge hinter den Kulissen, aller Manipulationen, Tricks und Geld-Überweisungen.

Eine nach diesen Vorstellungen verwirklichte Arbeiterkontrolle würde den Arbeitern wie der gesamten Öffentlichkeit vor Augen führen, wie der Kapitalismus wirklich funktioniert und die ganze Belegschaft zum Zuge kommen lassen. Die Arbeiter könnten dann alle Schritte der Firmenleitung genau prüfen und gegen ihr Interesse gerichtete Maßnahmen verhindern.

Selbst eine in allen Betrieben durchgesetzte Arbeiterkontrolle würde jedoch noch lange nicht eine sozialistische Planwirtschaft ausmachen. Denn wie soll eine Wirtschaft funktionieren, in der nur die einzelnen Betriebe von den jeweiligen Belegschaften kontrolliert und verwaltet werden, nicht aber die Wirtschaft als Ganzes?

ARBEITERDEMOKRATIE

Wie soll die Produktion auf nationaler Ebene harmonisch funktionieren, wenn nur im Betrieb von unten nach oben kontrolliert wird, nicht aber durch die Arbeiterklasse und Allgemeinheit als Ganzes von oben nach unten? Würde ein reiner "Betriebssyndikalismus" nicht eine Konkurrenz zwischen den einzelnen Betrieben derselben Branche, also den Arbeitern dieser verschiedenen Betriebe herbeiführen, wie das in Jugoslawien der Fall ist?

Um dies zu verhindern, ist eine umfassende gesamtgesellschaftliche ARBEITERVERWALTUNG notwendig, bei der Vertreter aller Produktions- und Dienstleistungsbranchen gemeinsam über jeden einzelnen Betrieb entscheiden. Und Arbeiterverwaltung setzt die Verstaatlichung der Großkonzerne, der Banken und Versicherungen voraus.

Verstaatlichung

Viele werden jetzt einwenden, daß ja schon in vielen westeuropäischen Ländern Großbetriebe staatlich sind, jetzt ebenso wie alle anderen kapitalistischen Unternehmen die Löhne kürzen, Entlassungen vornehmen und langfristig ihr Personal abbauen. Beispiele gibt es ja genug - Fiat, Renault, die British Steel Corporation (staatlicher englischer Stahlkonzern), und nicht zuletzt die Deutsche Bundesbahn, die zwar nicht direkt entlassen darf, aber in den nächsten Jahren ihre Strecken und ihr Personal erheblich zusammenschumpfen lassen will, mit der Folge einer steigenden Jugendarbeitslosigkeit wegen Einstellungsstopps.

Nun - selbst große staatliche Betriebe müssen sich den Gesetzen des kapitalistischen Systems unterwerfen, solange die Schlüsselbereiche, die Banken und Versicherungen immer noch in privater Hand sind. Außerdem ist es ja den Kapitalisten geradezu recht, wenn die Verluste dieser Betriebe von den Steuerzahlern (sprich: Arbeitern) getragen werden, während sie Sondervergünstigungen (billige Frachttarife bei der Bahn, Strom, Energie usw.) erhalten.

Kein Kapitalist würde die Verluste der nach kapitalistischen Gesetzen unrentablen Bahnstrecken von A-Dorf nach X-Heim tragen, aber die Bevölkerung der

betreffenden Orte ist dringend auf diese Verkehrsverbindung angewiesen. Und in ihrer Struktur unterscheiden sich etwa die Bundespost oder Bundesbahn nicht von den Großkonzernen in privater Hand.

Der einfache Eisenbahner oder Postler hat keinerlei Möglichkeiten, sein Unternehmen zu kontrollieren oder an der Verwaltung teilzunehmen. In der Führungsspitze der Bundesbahn sitzen gut bezahlte höhere Beamte, dem Verwaltungsrat gehört auch der Vorsitzende des Bundesverbands Deutscher Industrie, Hans Günter Sohl, an, der diesen Posten sicherlich nicht nur zur Aufbesserung seines Taschengeldes besetzt, sondern die Interessen der Großkonzerne vorbringt.

EINE SOLCHE STAATSKAPITALISTISCHE "VERSTAATLICHUNG" IST GANZ SICHER FÜR DIE ARBEITER NICHT ANNEHMBAR.

Verstaatlichung kann für Sozialisten nicht Übernahme unprofitabler einzelner Wirtschaftsbereiche durch den Staat und Einführung eines kapitalistischen Managements heißen, sondern Verstaatlichung bedeutet ein Schritt in Richtung sozialistische Demokratie. Auf der Grundlage des Gemeineigentums an Produktionsmitteln erst kann die zur Abstimmung des komplizierten Mechanismus einer hochentwickelten Wirtschaft notwendig Arbeiterverwaltung in Angriff genommen werden.

Für eine harmonische, den Interessen der Allgemeinheit dienende Produktion ist es aber erforderlich, daß auf allen Ebenen der Planung, Produktion und Güterverteilung die Interessen der Arbeiter wie die Interessen anderer Bevölkerungsschichten (Hausfrauen, Studenten, Rentner usw.) zur Geltung kommen.

Es wäre auch utopisch, jeden Betrieb einfach der Belegschaft zu überlassen. In den Aufsichtsräten der verstaatlichten Firmen könnten deshalb etwa die Zusammensetzung folgendermaßen aussehen:

- Ein Drittel Vertreter der Arbeiter des Betriebes, damit deren gesammelte jahrelange Betriebspraxis und ihre Ideen zur besseren Gestaltung der Produktion voll zum Ausdruck kommen
- Ein Drittel Delegierte des DGB, die das Interesse der Arbeiterklasse insgesamt zur Geltung bringen

- Ein Drittel Vertreter der Bundesregierung, um auch die Interessen einer "breiteren Öffentlichkeit" nicht zu vernachlässigen.

Eine echte sozialistische Demokratie trägt darüber hinaus noch eine ganze Reihe weiterer unverzichtbarer Merkmale, auf die schon Karl Marx vor über 100 Jahren in Zusammenhang mit der Pariser Kommune hinwies:

- Die gesamte Bevölkerung muß es lernen, an der Verwaltung von Staat und Wirtschaft mitzuwirken. (Dazu muß die Arbeitszeit gesenkt werden und die allgemeine Bildung jedem offenstehen)
- Kein Funktionär, Beamter, Polizist, Delegierter, Aufsichtsratsmitglied darf mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

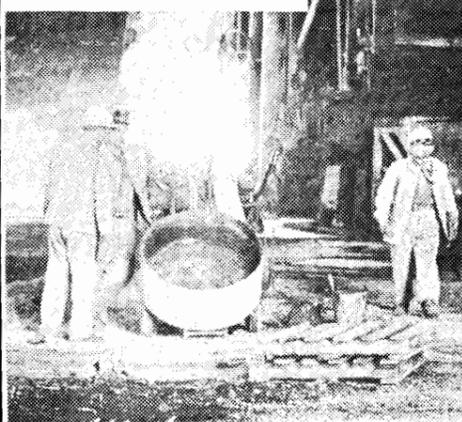
- Niemand erwirbt einen Posten auf Lebenszeit
- Alle Funktionen werden durch demokratische Wahl besetzt, jeder Funktionär ist abwählbar.

Es war schon immer ein bürgerliches Vorurteil, daß nur privilegierte Beamte, Kapitalisten und Professoren den Staat und die Wirtschaft verwalten könnten. Wir aber sind fest davon überzeugt, daß in einer echten sozialistischen Demokratie tausendfach bessere Ergebnisse zustandekommen werden, daß erst dann, wenn jeder gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilnehmen kann, von dem die Rede sein kann, was ja der Zweck des Lebens überhaupt ist: der Selbstverwirklichung des Menschen.

Jakob Benzing

Ein ausführlicher Artikel zur Mitbestimmung folgt in der nächsten Ausgabe.

STAATLICHE FIRMA ENTLÄSST 44 000 ARBEITER !



DIE KRISE DER STAATLICHEN BRITISCHEN STAHLWERKE

Die britische Stahlindustrie wurde erstmals 1947 und dann noch 1967 verstaatlicht, aber nur zu 90% insgesamt. Der beste Teil blieb in privater Hand. Vielfach sind die ehemaligen Besitzer heute die Manager und Bürokraten in den Betrieben. Und selbst in einer verstaatlichten Industrie herrscht immer noch der Klassenkampf. BSC-Chef Sir Monty Finniston und seine Freunde wollen ihre Einkommen auf demselben Niveau wie eh und je halten. Auf Kosten der Löhne und

Arbeitsplätze. Und weshalb? "Um £ 170 Millionen zu sparen". Aber würden die Arbeiter ihn entlassen, so könnten sie alleine £ 28 000 einsparen.

- Es stimmt, daß die BSC im letzten Jahr ungefähr £ 340 Millionen Verluste machte. Tatsache ist jedoch auch:
1. Die Firma nützt im Moment nur 60% ihrer Produktivkapazitäten aus.
 2. Ausländischer Stahl wird von der Firma importiert.
 3. Es ist erwiesen, daß einige Manager Geld veruntreut haben.

Warum ist es so weit gekommen, daß 44 000 Menschen entlassen werden müssen und andere zu Kurzarbeit gezwungen werden?

Die Antwort ist klar:

- Durch die Unfähigkeit der heutigen Bürokraten und Manager, die - obwohl sie die Firma nicht mehr besitzen - immer noch ihre eigenen Interessen vertreten und ihre Privilegien zu verteidigen suchen.
- Durch die Tatsache der Entschädigung an die ehemaligen Eigentümer und Aktienbesitzer, die von der Regierung "enteignet" wurden. Die Regierung, die jetzt für die Firma verantwortlich ist, leidet immer noch unter dieser Last - und dementsprechend die Firma selber auch. Es scheint wohl eher um eine staatliche Subventionierung als um Verstaatlichung gegangen zu sein.
- Ausländischer Stahl wird importiert, weil es "billiger für BSC" ist, dies zu tun und gleichzeitig 44 000 Arbeiter zu entlassen, als allen Arbeitern bessere Löhne zu zahlen und die gesamte Firma zu 100% auszulasten.

SPANIEN: ARBEITER

KÄMPFEN

Die ersten Wochen des neuen Jahres waren für die spanischen Arbeiter ein Aufbruch zu großen Kämpfen. Bei einer Inflationsrate von über 20 Prozent und weit über 600 000 Arbeitslosen spüren sie am eigenen Leib und im eigenen Geldbeutel besonders scharf, was es heißt, ohne ausreichende soziale Sicherheit (weit weniger Sozialleistungen als in der Bundesrepublik) und ohne demokratische und gewerkschaftliche Freiheiten sich über Wasser halten zu müssen.

Aber für breite Schichten der Arbeiterbewegung wie der übrigen Bevölkerung ist jetzt das Maß voll. Das Geschwätz von einer Demokratisierung unter Juan Carlos kann sie nicht satt machen.

Die Hauptstadt Madrid sah die größte Streikwelle seit 1967. Wieder einmal sprang der Funke auf die verschiedensten Branchen und das ganze Land über. Der Betrieb der U-Bahn kam zum Erliegen, als die Bediensteten ihre Arbeit niederlegten und 50% Lohnerhöhung forderten. Die Polizei ging mit Tränengas gegen eine Streikversammlung in einem Depot vor und vertrieb die Arbeiter aus einer Kirche, in der sie sich anschließend versammelt hatten.

Der Streik bei der Metro fand Unterstützung und Sympathie bei der Bevölkerung der Hauptstadt. In Vororten Madrids versuchte die Polizei, Solidaritätsdemonstrationen zu verhindern.

Mitte Januar befand sich Spanien in einer generalstreikartigen Situation. In der Provinz Cordoba kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und protestierenden Landarbeitern, die einen garantierten Mindest-Tageslohn forderten. In Villaverde streikten 5 000 Arbeiter bei Chrysler. Die Madrider Briefträger trafen sich ebenso wie die Beschäftigten der Karamellfabrik von Alcala in einer Kirche. In Pamplona demonstrierten die Industriearbeiter gegen das Einfrieren der Löhne und Gehälter. Am 13. Januar waren allein in Madrid 85 000 Arbeiter und Angestellte im Streik, darunter die Bankangestellten und Eisenbahner.

In vielen Demonstrationen wurde auch der Ruf nach einer Amnestie für politische Gefangene und allen politischen Freiheiten laut. Nach einem Fußballspiel zwischen Real und Atletico in Madrid forderten 2 000 Fans gewerkschaftliche Freiheiten. In Mataro (bei Barcelona) wurden auf der Hauptstraße Hühner mit der Aufschrift "Amnestie" losgelassen.

Französische Jusos kämpfen für Arbeiter in Uniform

Jeden Sonntag abend fahren vom Pariser Ostbahnhof (Gare de l'Est) aus Hunderte französischer Wehrpflichtiger zu den Kasernen in Ostfrankreich und Südwestdeutschland ab. Am Sonntag, 23. November 1975, verteilten dort Mitglieder der französischen Jungsozialisten (MJS) in der Sozialistischen Partei, Flugblätter an die Soldaten in 12 Sonderzügen.

Die jungen Wehrpflichtigen reagierten spontan: Über 1 000 versammelten sich zu einer improvisierten Massenkundgebung auf den Bahnsteigen und hörten den Sprechern des Wehrpolitischen Arbeitskreises der Jungsozialisten zu. Sofort wurde Polizei herbeigerufen; sie nahm auf der Stelle 13 Jungsozialisten fest. Viele Soldaten versuchten aktiv, diese Festnahmen zu verhindern.

Dieses Bild gab der Genosse Jean-Louis Auduc den Delegierten der Nationalkonferenz in Lille. Er selbst ist führendes Mitglied der MJS und hat vor kurzem seinen Wehrdienst beendet.

Schon vor dem 23. November war die bürgerliche Öffentlichkeit zunehmend besorgt über die Stimmung in der französischen Armee. Im Laufe des Jahres 1975 demonstrierten die jungen Soldaten in Draguignan, Besançon, Chaumont und Karlsruhe. Diszipliniert wurden Wehrpflichtige in Metz (7 Verhaftungen), Cozoux, Dijon, Vezoul, Dole und Landau. Über 70 sitzen in Militärgefängnissen.

Die Verhaftung der 13 Jungsozialisten zeigt, wie gefährlich diese Aktivität sein kann. Aber unter dem Druck des sozialistischen Gewerkschaftsbundes (CFDT) und der Mitgliedschaft der Sozialistischen Partei wurden sie wieder freigelassen.

Das Flugblatt am Pariser Ostbahnhof hatte folgende Forderungen:

- 500 Franc Monatssold, der sich automatisch gemäß der Preissteigerungsrate erhöhen soll.
- Freie Benutzung der Züge und Busse zu den Kasernen.
- Meinungsfreiheit, Rede- und Versammlungsrecht in der Armee.
- Demokratische Wahl von Vertretern in einen Soldatenrat, der zu allen Fra-

Die Entschlossenheit der Arbeiter und kleinen Bauern, die für ihre Kämpfe eine breite Unterstützung in den Mittelschichten finden, hat das Regime in große Bedrängnis gebracht. Nervös gab die Regierung eine Erklärung gegen "politisch motivierte Streiks" heraus, worauf 4 000 Arbeiter in Madrid dagegen demonstrierten. In einer Sondersitzung am 15. Januar befaßte sich das Kabinett mit der Streikwelle im ganzen Land, ohne freilich ein Mittel parat zu haben, um die Bewegung zu stoppen.

Einstweilen soll mit Gummiknüppeln der Polizei und Verhaftungen für "Ruhe und Ordnung" gesorgt werden. Doch diese Methoden heizen den Widerstand von unten noch mehr an.

Selbst für das Regime unverdächtige Beobachter einer Kundgebung wie der Korrespondent der FAZ wurden von der Polizei verprügelt.

Die Regierung ist tief gespalten. Laut FAZ vom 15. Januar trafen sich in einem dazu geschlossenen Restaurant die Führer des sogenannten Bunker, des rechten Flügels der noch übriggebliebenen Reste von Francos faschistischer Bewegung, darunter der Vizepräsident für Verteidigungsfragen, General Santiago, und Heeresminister Arenas. Die Herren kritisierten dabei Innenminister Fraga Iribarne und Gewerkschaftsminister Martin Villa, die eine vorsichtige Liberalisierung von oben anstreben.

Ministerpräsident Arias ist auch darüber verärgert, daß König Juan Carlos ihn bisher nie unter 4 Augen empfangen hat, sondern immer seinen alten Lehrer, den extrem rechten Mirona zu den Beratungen hinzugezogen hatte. Francos Zögling Carlos hat gezeigt, wie ernst er es mit einer "Liberalisierung" meint: Prostituierte und Kriminelle wurden aus den Madrider Gefängnissen entlassen, um 600 streikenden Arbeitern Platz zu machen!

Spanien steht vor der Revolution. Die herrschende Klasse ist sich uneinig, ob sie den riesigen Druck mit Gummiknüppeln und Demonstrationsverboten unter Kontrolle halten kann oder ein Ventil leicht und vorsichtig öffnen soll.

gen gehört werden muß, die die Lebensbedingungen der Soldaten betreffen.

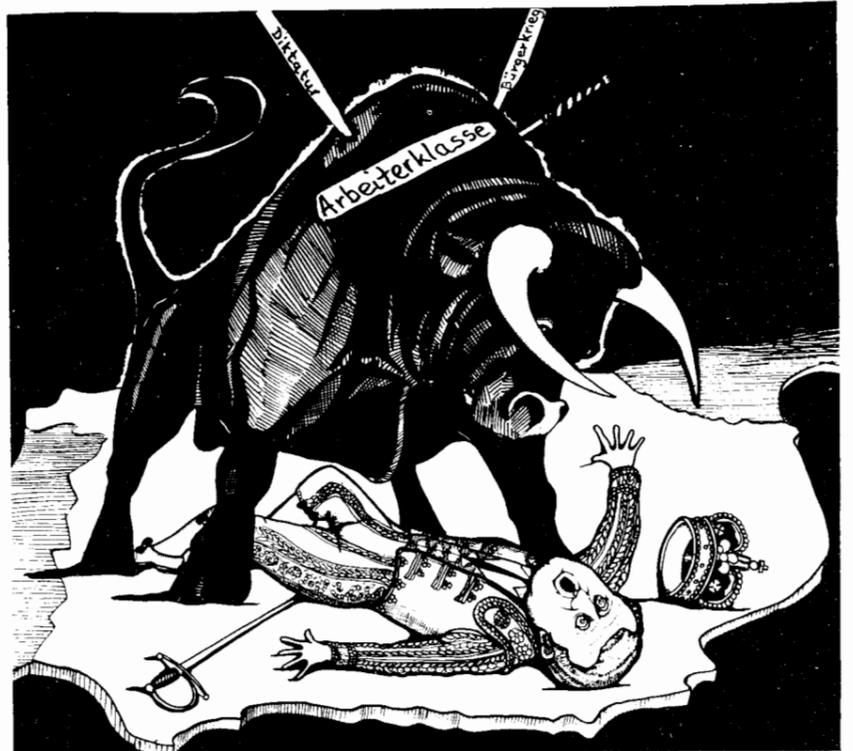
- Freie Wahl des Zeitpunkts der Einberufung für die 18- bis 25jährigen.
- Freie Wahl zwischen Armee und Ersatzdienst für Kriegsdienstverweigerer.
- Verringerung des Wehrdienstes.
- Kein Einsatz der Armee gegen Streiks und Fabrikbesetzungen.
- Keine besonderen Militärgerichte.
- Für eine grundlegende Umwandlung der Armee.
- Für eine neue Armee im Dienste der Arbeiter.



Wie Jean-Louis Auduc erklärte, geht es den MJS darum, den Wehrpflichtigen alle bürgerlichen Rechte zu garantieren, die ihnen als Arbeiter oder Studenten zugestanden werden, aber in der Armee verweigert werden. Die Regierung Chirac hat auf diese Forderungen der jungen Soldaten mit Verhaftungen reagiert, die Soldaten gründeten daraufhin in zahlreichen Kasernen Soldatenräte.

Jeder einzelne Soldatenrat ist autonom, aber die MJS streben eine Vereinheitlichung des Kampfes an. Sie wollen keine Armee der Kapitalistenklasse, sondern eine demokratische Armee, die der werktätigen Bevölkerung dient.

Zur Frage, ob Jungsozialisten, den Wehrdienst verweigern wollen, meint Jean-Louis: "Jungsozialisten sollen sich dem Wehrdienst nicht entziehen, sondern in die Armee reingehen, den Waffenge-



Die spanischen Arbeiter können sich der Sympathie der Ladenbesitzer, Anwälte, Studenten und weiterer wichtiger Teile der Mittelschichten sicher sein. Sie sind entschlossen, für ihre Rechte zu kämpfen.

Nach Schätzungen würde die Sozialistische Partei bei freien Wahlen mit über 50% die weitaus stärkste Partei werden. Die KP könnte mit 10-20% rechnen. Es geht jetzt darum, daß die Diktatur beseitigt wird und eine echte Arbeiterdemokratie auf der Grundlage einer sozialistischen Planwirtschaft eingerichtet wird.

Dazu müssen der Gewerkschaftsbund UGT und die Sozialistische Partei PSOE ein klares Kampfprogramm anbieten und durchsetzen, wie es die Jungsozialisten in Spanien (JSE) bereits entwickelt haben.

Anscheinend ist aber manchen KP- und SP-Führern die große Stärke und Kampfbereitschaft der spanischen Arbeiterklasse nicht recht. In einer Zeit, wo alle Schichten der spanischen Gesellschaft auf die kämpfende Arbeiterklasse blicken, versucht die KP, Bündnisse mit liberalen Kapitalisten, Christdemokraten und sogar Individuen aus monarchistischen und ehemaligen faschistischen Kreisen zu schließen.

Die Arbeiter selbst stellen jetzt Lohnforderungen ebenso wie Forderungen nach demokratischen Freiheiten. Die herrschende Klasse versteht es gut, daß der spanische Kapitalismus es sich kaum

brauchen erlernen und sich in der Armee organisieren. Es ist sehr wohl möglich, daß wir diese Dinge beherrschen müssen, um unsere sozialistische Ziele in der Zukunft zu verteidigen. Letzten Endes wollen wir keine Berufsarmee, sondern das Volk in Waffen."

Alle deutschen Sozialisten sollten die Vorgänge innerhalb der französischen Armee sehr genau studieren. Denn auch den Wehrpflichtigen in der Bundeswehr werden im Grundgesetz garantierte Grundrechte vorenthalten, ganz zu

schweigen von den miserablen Vergütungen für Wehrdienstleistende, die oft gerade die Reisekosten an Wochenenden zum Heimatort decken können. Schließlich haben Äußerungen führender Bundeswehrgeneräle nach dem chilenischen Putsch 1973 und Manöver mit dem Objekt Arbeiterdemonstrationen und Fabrikbesetzungen (etwa bei Henschel in Kassel) gezeigt, daß auch die Bundeswehr nach den Vorstellungen der herrschenden Klasse im Notfall ihre Interessen mit Waffengewalt gegen eine mächtige Arbeiterklasse verteidigen soll.

Die Forderung des französischen Gewerkschaftsbundes CFDT nach vollen gewerkschaftlichen Rechten für alle Soldaten sollte auch von den Bundesdeutschen Gewerkschaften und dem DGB ernstgenommen und aufgegriffen werden.

Richard Hummel

leisten kann, der Arbeiterklasse bürgerliche Freiheiten - wie Streik- und Koalitionsrecht - zu gewähren.

Deshalb kann nicht die Rede von "Pakten für die Freiheit" oder ähnlichem sein, sondern von einem Kampfprogramm für die Erfüllung der gerechten Forderungen nach demokratischen Rechten

FORTSETZUNG AUF DER RÜCKSEITE

Unterstützt die JSE!

Antrag des Juso-Unterbezirks Waldeck-Frankenberg zum Bundeskongreß der Jungsozialisten in der SPD.

Der Bundeskongreß möge beschließen:

Die Jungsozialisten in der SPD verpflichten sich auf unbestimmte Zeit, alles im Rahmen ihrer Möglichkeiten stehende für die Entwicklung und Stärkung ihrer Schwesterorganisation in Spanien - der FNJSE - zu tun. Insbesondere ist es notwendig:

1.) Eine Propagandakampagne für unsere spanischen Genossen in der Öffentlichkeit mit Schwerpunkt bei Parteimitgliedern und Gewerkschaftern zu organisieren.

2.) Eine großangelegte Spendenaktion mit dem Ziel von mindestens DM 100 000 bis Herbst 1976 durchzuführen, um zum Aufbau eines technischen Apparats der FNJSE beizutragen.

3.) Materialien der spanischen Jungsozialisten, ihre Analysen, ihr Programm, ihre Perspektiven und Berichte über ihre Aktionen zu übersetzen und Juso- und Partei-intern zu veröffentlichen.

4.) In jeder Stadt Sozialistische Spanien-Solidaritätskomitees mit deutschen und spanischen Jungsozialisten, SPD- und PSOE-Parteimitgliedern und DGB- und UGT-Gewerkschaften zu gründen, um die Exilorganisationen zu stärken und die Diskussion in den deutschen Arbeiterorganisationen zu bereichern.

Begründung: Seit dem Tode Francos hat sich die Krise der herrschenden Klasse Spaniens verschärft. Sie ist zutiefst gespalten und schwankt zwischen Reform und Repression. Die illegalen Organisationen der spanischen Arbeiterklasse genießen die Sympathie großer Teile der Arbeiterklasse, der Bauern und der Mittelschicht.

Die spanische Arbeiterklasse will nicht warten, bis das Regime Juan Carlos halbherzige Reformen gewährt, sondern drängt auf sofortige demokratische Rechte - volle Versammlungs-, Presse- und Koalitionsfreiheit, Streikrecht, sowie eine beträchtliche Anhebung des angegriffenen Lebensstandards durch Arbeitskämpfe.

Der spanische Kapitalismus ist für westeuropäische Maßstäbe besonders schwach und unfähig, solche Reformen zu gewähren, ohne gleichzeitig hinter den Kulissen eine "chilenische Lösung" vorzubereiten. Daher müssen die Forderungen nach demokratischen Rechten mit der Perspektive einer Arbeiterregierung und eines sozialistischen Programms verbunden werden.

Unsere Schwesterorganisation vertritt konsequent diese Perspektive und ihr gebühren unsere größten Anstrengungen, sie zu einem starken und einflussreichen Teil der Arbeiterbewegung zu machen. Die Errichtung einer sozialistischen Demokratie in Spanien kann für die Arbeiterbewegung ganz Europas von zentraler Bedeutung sein. Es stehen schwere Kämpfe vor. Unsere Ressourcen müssen den spanischen Jungsozialisten in diesen Kämpfen zur Verfügung stehen.

Überall in der Welt war 1975 ein Jahr der Krise und des allgemeinen Produktionsrückgangs. Das Beispiel Großbritanniens enthält für jeden Sozialdemokrat und Gewerkschafter zentrale Lehren.

Die Arbeitslosigkeit beträgt jetzt über 1,4 Millionen - sie stieg im Laufe des Jahres 1975 um 70,8% an. In allen Branchen der Wirtschaft finden Massenentlassungen statt. Im Januar 1976 war die brennendste Frage die der geplanten 44 000 Entlassungen bei der "British Steel Corporation" (dem verstaatlichten Stahlunternehmen). Um diese veraltete Industrie wieder konkurrenzfähig und "rentabel" zu machen, nach langen Jahrzehnten von privatkapitalistischer Vernachlässigung und "Nullinvestitionen", muß jetzt durch Entlassungen radikal gesäubert werden.

Aber auch die moderne Industrie wird jetzt von der Krise betroffen. In der jungen Stadt Skelmersdale bei Liverpool schließt die Farbfernseh-Fabrik Thorn, nach 5 Jahren mit staatlichen Zuschüssen, und entläßt damit 1400 Arbeiter. Skelmersdale wird jetzt eine Arbeitslosenquote von 25% haben!

Die kommenden Jahre sehen nicht besser aus. Es wird erwartet, selbst wenn (laut Voraussagen des Labour-Schatzkanzlers Healey) nächstes Jahr die Produktion wieder steigt (nach einem Rückgang im Jahre 1975 von 8,3%) die Arbeitslosigkeit immer noch steigen wird, und zwar bis auf eine Zahl zwischen 1,5 und 2 Millionen.

Seine Regierung verfolgt gegenwärtig eine Art Lohnstoppolitik wobei £6 (DM 33) in der Woche die Höchstgrenze für Lohnerhöhungen sind. Dieser £6-Höchstsatz wurde von den Gewerkschaften mürrisch geschluckt.

Im sozialen Bereich wird ganz radikal gekürzt. Die Haushaltsdefizite sind für den britischen Kapitalismus beinahe katastrophal. 1974 betrug das Haushaltsdefizit £ 4 000 Mio. (23 Mrd. DM), 1975 aber mehr als £ 12 000 Mio. (63 Mrd. DM). Die großen Konzerne, von denen etwa 200 die gesamte Wirtschaft

beherrschen, fordern Geld von der Regierung, um zu investieren und die Profite zu erhöhen. Trotz massiver Kürzungen fielen jedoch 1975 die Investitionen um 13%. Dieses Jahr werden sie um 5-8% fallen. Die Bosse fordern jetzt weitere Kürzungen der öffentlichen Hand in Höhe von £ 3750 Mia. (ca. 20 Mrd. DM). "The Economist", die bedeutendste Zeitschrift des Kapitals, appelliert an Healey, ein "eiserner Kanzler" zu sein....

England

Reale Lohnkürzungen

Dafür wird jetzt z.B. das Bildungssystem stark angegriffen. Das Bildungssystem braucht jedes Jahr 9% reale Erhöhung, um den gegenwärtigen Standard aufrechtzuerhalten. Bei einer Inflationsrate von 25% bedeutet ein Stillstand jedoch eine reale Kürzung um mehr als ein Drittel!

Die Versuche der Labour-Führung, das marktwirtschaftliche System abzustützen, haben das radikale Wahlprogramm von 1974 zu einem wertlosen Papierfetzen gemacht. Alle Versprechungen bezüglich der Erhaltung des Lebensstandards, Beseitigung der Inflation und Arbeitslosigkeit, Ausbau der Sozialleistungen, sind auf unbestimmte Zeit, auf eine "bessere Zukunft", verschoben worden.

Die Basis der großen Industrie- und z.T. demoralisiert. In erster Linie treten die relativ rückständigsten und am schlechtesten organisierten Teile der Arbeiterklasse in den Kampf - beispielsweise die Textilarbeiter. Die Arbeiter in der Schwerindustrie halten sich bis auf die Stahlarbeiter, deren Arbeitsplätze unmittelbar gefährdet sind, weitgehend zurück. Sie wollen

"abwarten und sehen", ob die Labour-Regierung, für die sie sich im Wahlkampf voll einsetzten, tatsächlich ihr Wort halten wird. Noch stehen sie loyal zu einer reformistischen Regierung, die jetzt zu Gegenreformen greift.

Dieser vorübergehenden Ebbe im Klassenkampf kann schnell ein scharfer Widerstand gegen die Kürzungen und die Lohnstoppolitik der Regierung folgen. Wenn das Labourkabinett versucht, sich der Kraft der organisierten Arbeiterklasse entgegenzustellen, um sich dem Willen der Bosse zu beugen, so kann dies nur zu einem führen: Spaltung der Regierung.

Ein Teil der Labour-Führung würde sich abspalten und eine Koalitionsregierung mit den Tories (Konservativen) bilden. In dieser Lage wird sich der Radikalisierungsprozeß in den Reihen der Labour Party vertiefen, wie der Fall des extrem rechten Ministers Prentice zeigte, der von seiner örtlichen Parteioorganisation in Newham North East (Ost-London) nicht wieder als Kandidat für das Parlament aufgestellt wurde. Die Labour Party, die nach einer solchen Spaltung fast unversehrt bleiben wird, wird dann vom linken Flügel angeführt werden. Diese Tendenz um die Zeitung "Tribune" hat jedoch nur ein schwammiges Programm zur Ankurbelung der Wirtschaft, ohne zu erklären, wie das im Rahmen des Kapitalismus zu schaffen ist, und ohne überhaupt eine sozialistische Perspektive aufzuzeigen.

Doch in der Zukunft werden die marxistischen Ideen in der Labour Party schnell eine breite Unterstützung finden. Eine Schlüsselrolle spielen dabei die Jungsozialisten (Labour Party Young Socialists), die ein klares und durchdachtes Programm haben und in ihrer überwältigenden Mehrheit die marxistische Wochenzeitung "Militant" unterstützen. Bereits auf dem letzten Parteitag der Labour Party im Oktober 1975 hatten über 40 Delegierte und zahlreiche Anträge das Programm von "Militant" unterstützt und eine Verstaatlichung der großen Konzerne, der Banken und Versicherungen als den einzigen gangbaren sozialistischen Ausweg gefordert.

EINLADUNG an alle Jusos

Letzte Ostern führen viele deutsche Jusos nach Blackpool, um der "National Conference" der LPYS und der anschließend organisierten politischen Woche beizuwohnen. Dort trafen sie 2000 junge Arbeiter, die sich eine ganze Woche lang über die Forderungen, das Programm und die Strategie der LPYS unterhielten. Am Abend gingen sie tanzen, in die Kneipe ("Pub") oder besuchten eine der zahlreichen politischen Versammlungen - wie z.B. die der "Militant" - am Rande der Konferenz selbst oder nahmen mit Jungsozialisten aus Schweden, Belgien, Spanien, Finnland, Norwegen, Indien, Island, Irland und Chile an den vielen Seminaren und Folksongabenden teil.

Die LPYS halten auch zu Ostern 1976 ihre politische Woche ab. Alle deutschen Jusos, die an der Entwicklung und der Politik der LPYS Interesse haben, werden von der LPYS herzlich eingeladen.

Termin: 17.4.76 - 22.4.76
Kosten: Rund DM 120 (Unterkunft mit Frühstück).
Teilnahme an Konferenz und Rallye nur DM 5,-.

Da die britischen Genossen ein echtes marxistisches Kampfprogramm entwickelt haben, da ihre Organisation vorwiegend aus jungen Arbeitern (und nicht wie in der BRD aus Studenten und Akademikern) besteht, und da sie in der Arbeiterklasse und der Labour Party feste Wurzeln geschlagen haben, empfiehlt VORAN! allen deutschen Genossen, dieses Angebot der Engländer wahrzunehmen und sich einen Platz für die Woche in Blackpool zu buchen. Anmeldung bei: Barrie Clarke, Nat. Youth Officer, The Labour Party, Transport House Smith Square, LONDON SW 1 P 3 JA.

Weitere Informationen über Gruppenreisen usw. kann die Redaktion VORAN! vermitteln.
Versucht, Zuschüsse von Eurem SPD-Ortsverein oder Eurer Juso-AG (KV, UB) zu bekommen.

Arznei

Berichte über die erschreckenden Zustände im Bereich der Arzneimittel sind in der letzten Zeit häufiger durch alle Zeitungen gegangen. Die Preissteigerungen bei den Arzneimitteln kann man an folgenden Beispielen erkennen: Die Barmer Ersatzkasse wandte 1974 55% mehr für Arzneien auf als noch 3 Jahre zuvor, der Durchschnittspreis für Medikamente ist von 2 DM auf 4,20 DM gestiegen. Die deutschen Arzneimittel sind die teuersten der Welt (30% teurer als in den Nachbarländern). Daß der Arzneimittelmarkt, der ja eigentlich die Aufgabe haben sollte, sinnvolle Hilfsmittel für den Menschen zu beschaffen, rein profitorientiert forscht und chaotisch und teilweise sinnlos produziert wird, beweist folgendes:

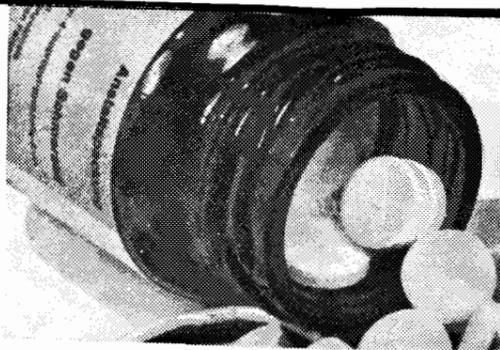
Die Werbekosten z.B. bei neuen Medikamenten (die oftmals eine Kombination bereits bekannter Mittel nur unter anderem Namen sind), sollen oft höher sein als die Forschungskosten selbst (SZ, 22. November); Tausende von Medikamenten werden produziert, die nicht einmal ein Fachmann überblicken kann. So gibt es 70 000 bis 80 000 Arzneien; das entspricht ca. 233 Sorten für jede durch Medikamente heilbare Krankheit. Die Preisgestaltung verläuft offensichtlich völlig willkürlich, wie Skandale um Konzerne wie Hoffmann-La Roche gezeigt haben. Dicke Gewinne werden zusätzlich auch noch im Handel gemacht. Die Apotheken dürfen für den Verkauf 35-74 % Zuschläge auf die Großhandelspreise aufschlagen.

Als Ausweg aus diesem Geschäft mit der Krankheit werden von Krankenkassen, Regierung und SPD Schritte angeboten, die wiederum nicht an den Ursachen angreifen.

Im Sparprogramm (für das Gesundheitswesen) der Gesundheitsminister der Länder werden lediglich die Einschränkung der Werbung für die Arzneimittel, die Produktion von therapiegerechten Verpackungen und "bessere Verschreibungsgewohnheiten der Ärzte gefordert, die SPD tritt neben diesen Punkten noch für die Verminderung der Arzneimittelpreise um 20%, bessere Markttransparenz und Verhinderung der überhöhten Gewinne der Apotheken ein.

Mit diesen Forderungen kann man aber nichts grundlegend verändern.

Nur durch die Verstaatlichung der Pharmaindustrie werden sinnlose (oder besser: nur am Profit ausgerichtete) Massenproduktionen von Arzneimitteln wegfallen, die kostenauwendige Werbung (pro Arzt werden jährlich 10 000 Sachwerbungen ausgegeben!) könnte die Forschung könnte zentral, wirksamer und geplanter ablaufen als bisher, wo eine Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Firmen kaum möglich ist. U.T.



Kranksein ist teuer

Eine Steigerung des Preises für die soziale Sicherheit ist seit langem zu beobachten. Seit 1950 gab es in diesem Bereich eine ständige Mehrbelastung von ursprünglich 19,2% auf jetzt ca. 30% des Bruttoverdienstes. Allein für den Krankenversicherungsbeitrag sagt man eine Verdopplung bis 1980 voraus, so daß er dann über 15% des Bruttoeinkommens ausmachen wird.

Die von den Krankenkassen zu deckenden Kosten gliedern sich auf in:
- Ambulante Versorgung (Arztgehonorare)
- Stationäre Versorgung (Krankenhauskosten)
- Arzneimittel

In allen drei Bereichen sind in den letzten Jahren die Kosten in den Himmel geklettert.

Ärzte

Das durchschnittliche Einkommen der niedergelassenen Ärzte beträgt nach Abzug der Praxisunkosten 150 000 bis 160 000 DM im Jahr, Zahnärzte kommen bis auf 200 000 DM. Das Einkommen stieg in der letzten Jahren jährlich um 11%, bei Zahnärzten um 16%! 1975 erhöhten sich die Arztgehonorare trotz der zwischen Ärzten und Krankenkassen ausgehandelten Gebührenerhöhung für die einzelnen Leistungen von nur 2,3% um 10-15%! Die Ärzte haben nämlich mehr Einzelleistungen verrechnet, von denen aber viele auch vom Personal ausgeführt werden können. So verlagerte sich die Art der Behandlung von Gesprächen und Beratungen, die nur gering vergütet werden, hin zu vielen teuren technischen Untersuchungen und Therapien. Dies fördert natürlich die "3-Minuten-Medizin". Durch den großen Ärztemangel gibt es so gut wie keine Konkurrenz unter den Ärzten, und dies bleibt durch die scharfen Zulassungsbeschränkungen zum Medizinstudium wohlweislich erhalten.

Was kann man dagegen tun?

Die Krankenkassen wollen die Gesamtvergütung medizinisch-technischer Leistungen auf dreifache Weise begrenzen: Durch Senkung der Gebührensätze für Laborleistungen, durch eine sogenannte "Mengenstaffel", die verhindern soll, daß die Zahl der technischen Einrichtungen zu stark erhöht wird und durch Einführung einer Höchstsumme, die nicht über

berschritten werden darf. Man kann jetzt schon absehen, daß die Ärzte sicher ein anderes Tor zur Steigerung ihres Einkommens finden werden, wenn ihnen eines verschlossen wird. Grundsätzlich verändern diese Forderungen der Krankenkassen nichts.

Die SPD schlug in ihrem 10-Punkte-Programm vor, daß durch künftige Veränderungen der Gebührenordnung erreicht werden soll, daß eigentliche ärztliche Leistungen höher zu bewerten seien als die technischen Verrichtungen. Dem Vorschlag der SPD, in Zukunft Verhandlungen zwischen Krankenkassen und kassenärztlichen Vereinigungen über die Honorarsätze auf Bundesebene zu führen, stellte die Ärztekammer energischen Widerstand entgegen.

Dieser Widerstand ist leicht zu erklären: Im Moment stehen den starken Verbänden der Ärzte zahlreiche zersplitterte Krankenkassen gegenüber; eine Einheitskrankenkasse wäre für die Ärzte ungünstig.

Die weitergehende Forderung nach Einfrieren der Arztgehonorare und Abschaffung der Privatliquitation, die auf dem Mannheimer Parteitag eingebracht wurde, bringt ebenso wie die anderen Vorschläge nichts grundlegend Neues. Die Bundesregierung schließt sich in ihrem 30-Punkte-Programm dem Vorschlag der Krankenkassen an, medizinisch-technische Leistungen in der Gebührenordnung herabzustufen.

Unserer Meinung nach kann nur die Abschaffung des privatärztlichen Systems einen Ausweg aus der Misere schaffen. Die Ärzte sollten vom Staat angestellt werden und ein einheitliches Einkommen beziehen. Damit wäre der Weg geebnet zu einer gleichen, der Notwendigkeit entsprechenden Behandlung der Patienten; der unverhältnismäßig hohe Verdienstunterschied zu einem durchschnittlichen Arbeiter oder Angestellten würde verschwinden, damit auch elitäres Denken und Hierarchie innerhalb der Ärzteschaft.

Krankenhaus

Der zweite Ausgabenbereich der Krankenkassen umfaßt die Heil- und Pflegekosten bei der stationären Versorgung im Krankenhaus. Die erheblichen Steigerungen in den letzten Jahren sind zurück-

zuführen auf die Preiserhöhung bei Arzneimitteln und technischen Geräten, das auch in der letzten Zeit vielfach modernisiert und ausgetauscht werden mußte, um den steigenden medizinischen Ansprüchen gerecht zu werden.

Auch hier werden verschiedene "Lösungen" angeboten.

Die Bundesbank fordert eine Umarbeitung der Krankenhausbedarfspläne, besse-



re Wirtschaftlichkeit der Krankenhäuser und "daß die Arbeitsentgelte im öffentlichen Dienst künftig in engeren Grenzen zu halten seien", also konkret: reale Lohnkürzungen der im Krankenhaus Beschäftigten zwecks Ausgleich der Preissteigerungen für medizinisches Gerät, Arzneimittel, Krankenhausbauten. Wieder einmal mehr sollte dann also die Misere des kapitalistischen Systems auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten im Krankenhaus ausgetragen werden! Die Gesundheitsminister der Länder fordern ebenfalls "Überprüfung der Wirtschaftlichkeit" (im 30-Punkte-Programm), Rationalisierung und Kürzung der Verweildauer der Patienten.

Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenversicherung haben ebenfalls nur Einsparungen im Personalbereich anzubieten. Die SPD erwartet größere Einsparungen durch eine bessere Koordination, Verflechtung der verschiedenen medizinischen Einrichtungen ("integratives Gesundheitssystem") durch Verlagerung von vor- und nachstationärer Versorgung auf die niedergelassenen Ärzte und durch abnehmende Pflegesätze bei längerem Krankenhausaufenthalt.

Die einzig richtige Forderung kann nur sein: Kostenlose medizinische Versorgung der Bevölkerung, als Voraussetzung dazu Verstaatlichung aller Privatkrankenhäuser und der Industrie, die den Krankenhausbedarf und die Einrichtungen herstellt, demokratische Mitbestimmung im Krankenhaus, Abschaffung der ungeheuren Einkommensunterschiede und damit Abschaffung der Hierarchie im Krankenhaus.

KRITIK

Werte Genossen!

Im großen und ganzen ist Euch die VORAN! (Nr. 12) auch diesmal gut gelungen. Vor allen Dingen der Artikel "Beendet die Krise" ist gut in der politischen Arbeit zu gebrauchen, weil er die zu erwartende wirtschaftliche Entwicklung gut beschreibt. Der Artikel zum SPD-Parteitag in Mannheim ist meines Erachtens ein bißchen zu kurz gefaßt. Er gibt nur wenige Einblicke neben der Einschätzung, daß der Parteitag die Erwartungen der Arbeiter nicht erfüllt hat, Lösungsmöglichkeiten und -schritte aus der kapitalistischen Krise anzugeben. Man kann sogar der Meinung sein, daß entsprechende Themen gar nicht diskutiert worden sind.

Sehr interessant ist auch die Seite 7 (leserforum), die in unserer Juso-AG einige Diskussionen ausgelöst oder beeinflusst hat. Die Genossen bei uns sind der gleichen Meinung wie der Leserbrief - Schreiber aus Berlin, daß "die Artikel zu trocken" sind. Das liegt sicherlich zum einen an der Länge mancher Artikel, die wohl nicht zu vermeiden ist, wenn man nicht zu viele Fragen offenlassen will. Z.B. die Entwicklung Portugals kann man sicher nur verstehen, wenn man auch die jüngere Geschichte Portugals nicht außer acht läßt. Ein zweiter Grund für die "Trockenheit" der VORAN! liegt darin, daß bei vielen Artikeln die Auflockerung durch Bilder oder ähnliches fehlt. So finde ich auf den letzten drei Seiten von Nr. 12, die alle drei vollgeschrieben sind, ein einziges Bild.

Einige Anmerkungen zu Eurer Antwort möchte ich auch noch machen: Ihr kritisiert m.E. zu Recht die Vorstellungen zur paritätischen Mitbestimmung und direkten Investitionslenkung. Es wäre wünschenswert, wenn Ihr in zukünftigen Ausgaben der VORAN! eine gründliche Kritik an diesen reformistischen Forderungen bringen könntet, schon allein aus dem Grunde, daß viele Genossen auf allen organisatorischen Ebenen der Jusos immer wieder hiermit konfrontiert werden. Vielleicht könnt Ihr dabei auch auf die folgenden Fragen eingehen, die mir beim Lesen Eurer Antwort nicht klar geworden sind.

Müßte man die Investitionslenkung (ganz egal in welcher Form) als einzelne Forderung nicht grundsätzlich ablehnen und stattdessen die gesamtgesellschaftliche Planung und Lenkung (natürlich durch Arbeiter durchgeführt und kontrolliert) einschließlich der Investitionslenkung fordern? Mit anderen Worten: die Investitionslenkung als alleinige Forderung lenkt von der Hauptforderung (wie gerade beschrieben) ab.

Probleme habe ich auch bei Eurer Forderung der "tatsächlichen Mitbestimmung" mit Hilfe der Drittelparität von Belegschaft, Gewerkschaften und Staat. Ist es nicht wünschenswerter, statt des Faktors "Staat" Vertreter eines "Gremiums", welches tatsächlich das Gesamtwohl des Staates vertritt, in die Drittelparität aufzunehmen? Dieses Gremium könnte sich zusammensetzen aus Arbeitern, Angestellten, Hausfrauen, nicht oder nicht mehr arbeitenden Gruppierungen (wie z.B. Rentner) und anderen Gruppierungen innerhalb der Arbeiterklasse. Auch die in Deutschland und Rußland in diesem Jahrhundert stattgefundenen Revolutionen haben solche Modellvorstellungen hervorgebracht. Der Vorteil liegt m.E. auf der Hand: Um die Entwicklung zum Sozialismus gewährleisten zu können, muß die Arbeiterklasse die Möglichkeiten der ständigen Kontrolle über ihre

Vertreter bis hin zur Abwahlmöglichkeit besitzen. Bundesregierungsvertreter unterliegen aber nicht dieser Kontrolle. An dieser Stelle bietet sich auch ein Übergang zu einer weiteren Frage an: Ihr fordert die "Verstaatlichung" des Großkapitals. Dieser Begriff steht im Gegensatz zum Begriff "Vergesellschaftung", der u.a. vom Juso-Bundesvorstand gebraucht wird. Vielleicht könnt Ihr hierzu Eure Vorstellungen ein wenig präzisieren. Von welcher "Staatsauffassung" geht Ihr hierbei aus? Wie seht Ihr den Prozeß, der zur Verstaatlichung führt?

Noch eine letzte Anmerkung zur VORAN!: Ihr gebraucht des öfteren Fremdwörter, die Eurer Leserschaft, der Arbeiterklasse, nicht sehr geläufig sind. Nur ein Beispiel: das Wort BOURGEOISIE. Ich finde es richtig, solche Begriffe, die historisch gewachsen und Ausdrücke von Klassenkämpfen sind, zu gebrauchen. Doch würde es in keinsten Weise abträglich sein, eine kurze Anmerkung über Sinn und Inhalt solcher Wörter anzuführen. Trotz der angebrachten Kritik, die als solidarische Kritik zu verstehen ist, wünsche ich der VORAN! für 1976 alles Gute, viel Erfolg beim Kampf zur Durchsetzung Eurer Forderungen.

H.B., Marburg

TERRORISMUS

Liebe Genossen!

Am 16. Januar kam die erste Lesung der 13. Strafrechtsnovelle vor den Bundestag (§ 130a bzw 88a). Dabei sagte Carl-Dietrich Spranger (CDU): "Propagierung und Anwendung der Gewalt beeinträchtigen in den letzten Jahren zunehmend die öffentliche Sicherheit"....es gebe einen Mißbrauch der Freiheitsrechte wie Demonstrationsrecht, Meinungs- und Pressefreiheit, um zum Kampf gegen eine demokratische Grundordnung aufzurufen, um den gewaltsamen Sturz zu fordern wie zu geben.

Richtig ist es jedenfalls, daß der Terrorismus in den letzten Monaten erheblich zugenommen hat, daß auch viele unschuldige Menschen in Aktionen getötet worden sind, die angeblich guten politischen Zwecken dienen. Die rechte Presse und die Konservativen schlachten dies natürlich gerne aus, um Linke schlecht...in zu diffamieren. Das konkrete Ergebnis dieser Terrorakte ist dann, angeblich im Namen der Verteidigung der demokratischen Grundordnung, ein Ausbau der Repressions- und Überwachungsmethoden, d.h. daß es immer weniger Privatleben gibt, das nicht möglicherweise ein Sicherheitsbeamter mitgehen kann.

Gefährlicher für die Zukunft ist jedoch der Ausbau der Staatsgewalt. Ich will in diesem Zusammenhang Engels zitieren: "Sie besteht nicht nur aus bewaffneten Menschen, sondern auch aus sachlichen Anhängseln, Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art..." d.h. "eine öffentliche Gewalt."

Die jetzigen Investitionen sind nicht nur Schutzmaßnahmen gegen einige Dutzend Terroristen, sondern Ergebnis des Weiterdenkens der Kapitalistenklasse, nämlich an die Kämpfe der Arbeiterbewegung insgesamt, denn die Arbeiterklasse wird höchstens eine Periode lang alles hinnehmen, was die Kapitalisten von ihr erwarten, nämlich Opfern, Verzichten, Gürtel enger schnallen usw.

Aus den Reihen der SPD ist das neue Gesetz bereits heftig kritisiert worden. Marxisten müssen darüber hinaus aber auch eine klare Position zum Terrorismus beziehen.

Ich meine, die Reaktion der Kapitalisten war vorauszu sehen. Sie richtet

Für Auszubildende sieht es noch schlimmer aus:

1. 20 % des Unterrichts an den Berufsschulen fällt Woche für Woche aus.
2. Zahlreiche Auszubildende werden am Ende ihrer Ausbildungszeit nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen.
3. Ein Ende der hohen Jugendarbeitslosigkeit ist nicht abzusehen.

Auch die Lage an den Hochschulen verschärft sich weiter:

1. Die Prüfungen werden schwerer, die Durchfallquote steigt.
2. Der Numerus Clausus wird immer schärfer.
3. Ab Wintersemester 76 werden alle Studiengänge zulassungsbeschränkt sein.

sich in erster Linie gegen die Kämpfe der Arbeiter in den kommenden Jahren. Es geht darum, das Grundübel dieser kapitalistischen Gesellschaft beim Schopf zu packen und die private Produktion in Gemeineigentum zu überführen. Dies kann aber nur das Werk der Arbeiter selbst sein. Auf keinen Fall das Werk irgendwelcher Individuen mit Bomben, die behaupten, sie handelten im Namen der Arbeiterklasse und Konsulate sprengen oder Arbeiter anderen Glaubens niederknallen - was im Fall Nordirland zum Rande des Bürgerkriegs geführt hat.

Es geht aber doch nicht um einzelne Kapitalisten oder ihre Vertreter, sondern es geht um das ganze System. Und einzelne Terroranschläge können auch nicht ein ganzes System aus der Welt schaffen. Plechanow, der russische Marxist, beschrieb die Terroristen als "Liberale mit Bomben", die dachten, sie könnten etwas an der Situation ändern, indem sie einen Minister mit einer Kugel umbringen. Ebenso (auf friedliche Art) denken Liberale, das System könne durch den "richtigen Mann" verbessert werden.

Echte Marxisten lehnen diese Art des Kampfes gegen das System ab. Die sicherlich zurecht enttäuschten Söhne und Töchter vor allem der Mittelschichten, die es mit einer Veränderung ernst meinen, sollen die Geschichte der Arbeiterklasse studieren, mit der Klasse den Sozialismus erkämpfen und nicht versuchen, den bewußten Kampf der Arbeiter durch selbstgebastelte Bomben zu ersetzen. Die Arbeiterklasse braucht keine "Robin Hoods". Es ist die Macht der Klasse, die die Kapitalisten fürchten, und nicht die Stadtguerillas.

Wir müssen die Mehrheit der Arbeiterklasse für das Programm des Sozialismus gewinnen, ständig diskutieren, debattieren und als Sozialdemokraten offen unsere Ideen verbreiten. Die SPD hat die Möglichkeit, ein für allemal die Krisen der Wirtschaft zu beenden. Sie muß offensiv im Wahlkampf auftreten und konkrete Alternativen für die Arbeiter aufstellen (so wie VORAN! es tut) - vor allem muß die SPD den Arbeitslosen eine Perspektive geben, denn Demoralisierung, Frustration und Ungeduld können gerade da schnell Fuß fassen.

Schon greifen viele jugendliche Arbeitslose zu Drogen, Alkohol und zu Gewalt, - warum?

Weil die Gesellschaftsordnung ihnen nicht einmal die Chance gibt, zu produzieren und zu verdienen. Wenn dieses System in der BRD nicht mal das leisten kann, dann läßt die Arbeiterklasse ran, eine neue Gesellschaft aufzubauen, in der Terrorismus, Armut und Arbeitslosigkeit dort hinkommen, wo sie hingehören - ins Museum!

Grüße!

Gerd Paul

ARBEITER IN DER DDR

Liebe Genossen von Voran!

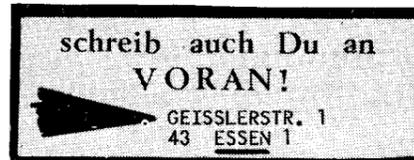
Vielleicht interessiert es Euch, etwas über die Eindrücke zu lesen, die ich vor einigen Wochen bei einem Besuch in einer Industriestadt in der DDR hatte.

Schon der erste Eindruck war reichlich merkwürdig. Noch nicht über die Grenze, wurde ich das erste mal von der VoPo angehalten. Ich hatte nämlich einige Zeitungen bei mir, die ich am Morgen gekauft hatte und die ich in meiner Jackentasche vergessen hatte. Glücklicherweise hatte ich aber kurz vorher noch daran gedacht, und als der Zollbeamte mich nach Druckerzeugnissen fragte, zeigte ich ihm die Zeitungen. Darauf folgte eine viertelstündige Leibbesichtigung. Schon hier begann ich mich sehr zu wundern und begann manches, was ich vorher für ein Vorurteil gehalten hatte, zu glauben. Aus welchem Grunde sollte ein Land, in dem angeblich seit 27 Jahren der Sozialismus aufgebaut wird, eine Handvoll bürgerlicher Zeitungen fürchten? Müßte nicht jeder, der in einem solchen

Land lebt, die bürgerliche Presse als genau das entlarven können, was sie ist, nämlich ein Organ der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, und nicht mehr? Hier ist doch schon bei solch kleinen Anlässen ein ganz klarer Widerspruch zwischen der DDR-Propaganda und dem DDR-Alltag festzustellen. Entspräche die Realität der Propaganda, dann könnte ein normaler "Ost-Deutscher" über etwas wie BRD-Zeitungen oder BRD-Fernsehen nur lachen, dann wären solche Verbote vollkommen überflüssig!

Dies hat sich für mich auch in späteren Gesprächen gezeigt: Was der "kleine Mann auf der Straße" an der BRD am meisten bewundert ist nicht der in manchen Bereichen immer noch höhere Lebensstandard, sondern etwas für uns fast selbstverständliches: die Möglichkeit, sich auch in der Öffentlichkeit frei zu äußern.

Ich möchte aber hier mit meiner Kritik nicht mißverstanden werden. Ich bin mir der Tatsache voll bewußt, daß es in der BRD einen Radikalenerlaß gibt. Ich bin mir bewußt, daß oft genug eine kämpferische Haltung in den Betrieben zu Rausschmiß geführt hat. Aber jeder Sozialist muß sehen, daß eine Unterdrückung durch eine Bürokratie wie in der DDR, die den Begriff Sozialismus in der ganzen Welt in Verruf bringt, für uns hier keine Alternative sein kann. Ein junger Metallarbeiter, den ich bei meinem Besuch



in der DDR eines Abends traf, drückte dies mit einem Satz wohl am besten aus: "Marx, Engels und Lenin würden sich im Grabe herumdrehen, wenn sie das hier sehen könnten!"

Dieser Satz ist - mit gewissen Einschränkungen - typisch für einen großen Teil der jungen Leute, zu denen ich Kontakt bekommen habe. Sie stehen voll hinter den sozialen Errungenschaften der DDR und wollen auf keinen Fall zum Kapitalismus zurückkehren. Zum großen Teil wissen sie auch: Sozialismus ist "eine Assoziation freier, gleichberechtigter Menschen" (Marx), und frei ist in der DDR nur derjenige, der die Herrschaft der Bürokratie akzeptiert! Sicherlich sind die Bildzeitungsmärchen einiger DDR-"Experten" von den Wänden, die dort überall Ohren haben, und von den Lagern, die dort jeden erwarten, der ein Wort der Kritik ausspricht, völlig aus der Luft gegriffen. Trotzdem war es für mich seltsam, mit anzusehen, wie sorgfältig die Fenster zugemacht wurden, bevor in der Wohnung eines Maschinenschlagers, den ich dort ebenfalls kennengelernt hatte, über Politik gesprochen wurde.

Wir sprachen dann darüber, daß schon 1956 in Ungarn, 1970 in Polen und 1953 in der DDR die Arbeiter in den Aufständen nicht den Kapitalismus wiedereinführen wollten, sondern nur eine echte Arbeiterdemokratie durchsetzen wollten.

Ein Kollege meinte: "Das Volk ist hier noch zu lahm, aber ein Aufstand wird sich wiederholen. Wir haben die Nase voll!"

Was ich aus diesem Aufenthalt gelernt habe ist folgendes: Wir Sozialisten in der BRD müssen die Fortschritte, die die verstaatlichte Planwirtschaft in den osteuropäischen Ländern ermöglicht hat, begrüßen und unterstützen. Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit sind in der DDR Fremdwörter. Gleichzeitig müssen wir den Mangel an echten demokratischen Rechten für die Arbeiter kritisieren. Ich bin jedoch zuversichtlich, daß eines Tages in all diesen Staaten die Arbeiter sich gegen die Bürokratie auflehnen werden und daß dann eine Gesellschaftsordnung entsteht, die den Namen Sozialismus wirklich verdient.

Mit sozialistischen Grüßen
M.Lange, Hamburg

bildung

ANTRAG DES JUSO-UNTERBEZIRKS REMSCHEID ZUR BEZIRKSKONFERENZ NIEDERRHEIN

Lehrermangel und überfüllte Klassen kennzeichnen heute die Lage im Bildungswesen. Von Reformvorhaben ist nicht mehr viel zu spüren. Stattdessen werden auf allen Ebenen die Mittel für Bildung und Ausbildung gekürzt.

1. 40 % aller Grundschulklassen in NRW haben mehr als 30 Schüler.
2. Bis zu 25 % aller Unterrichtsstunden mußten 1975 wegen Lehrermangel ausfallen.
3. 1.200 Planstellen wurden im Sommer allein in NRW gestrichen.

Lehrlinge, Schüler und Studenten werden durch die Folgen der kapitalistischen Wirtschaftskrise gleichermaßen hart betroffen und müssen gemeinsam für eine Lösung kämpfen.

Die gerechtfertigten Forderungen nach demokratischer und qualifizierter Ausbildung, die nicht im Profitinteresse des Kapitals, sondern im Interesse der Betroffenen selbst sind, können innerhalb des Kapitalismus nicht verwirklicht werden. Erst in einer sozialistischen Gesellschaft kann die Bildung im Interesse der Auszubildenden und der Gesamtgesellschaft sein.



Daher müssen die Forderungen

- Bereitstellung von ausreichenden Lehr- und Lernmitteln
- Schaffung von Ausbildungsplätzen
- Neubau von Schulen und Hochschulen
- Geringere Klassenfrequenzen
- Genügende Planstellen für Lehrer
- Selbstbestimmung aller Betroffenen im Bildungs- und Ausbildungssektor

verbunden werden mit den zentralen Forderungen nach

- Verstaatlichung der Schlüsselindustrie und Banken, sozialistischer Planwirtschaft unter demokratischer Kontrolle.

sich meistens auf das allernotwendigste beschränken, bei kinderreichen Arbeitslosen wird dies noch krasser. Aber auch viele, die noch im Arbeitsprozeß sind, liegen mit ihrem Nettoeinkommen für über 40 Stunden wöchentlich bei weit unter 1 000 DM, vor allem bei typischen Frauenberufen wie Verkäuferin, Friseurin oder Sekretärin ist ein vierstelliger Monatslohn in diesem System unerreichbar - und das trotz des "Jahrs der Frau"!

Die Zeitschrift "Der Gewerkschafter" stellte im Dezember fest: "Die Möglichkeit, daß man selbst zu den Armen zählen könnte, rückt näher. Die Überzeugung, daß die Armen an ihrem Schicksal selbst schuld seien, bröckelt ab. Es wird deutlich, daß das gesellschaftliche System, in dem wir leben, die Armut ständig produziert."



"Verzeihung, Herr Direktor, draußen ist eine Delegation von Arbeitslosen. Sie verlangen Arbeit." - "Die Leute sollen ruhig wieder nach Hause gehen. Sagen Sie ihnen, man könnte auch ganz bequem ohne Arbeit auskommen - ah - ich hätte es selbst ausprobiert."

Und schließlich ist es vor allem die Jugend, die eine besonders schlechte Zukunft vor sich sieht. Die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz soll in den nächsten Jahren auf eine Million ansteigen. Schon heute machen die unter 20jährigen einen Anteil von 12,5% an der Gesamtzahl der Arbeitslosen aus, wobei die wirkliche Zahl noch höher liegen wird, wenn man alle Jugendlichen ohne Lehr- oder Arbeitsstelle mit einbezieht.

Das Lehrstellenangebot ist seit 1967 auf die Hälfte zusammengeschrumpft. Allein von 1974 auf 1975 ging die Zahl um 15 000 zurück - und das bei steigender Nachfrage. Der Konkurrenzkampf unter den Jugendlichen hat sich verschärft, nicht selten bewerben sich 10 oder mehr um einen Ausbildungsplatz.

Bei den Studenten, die vom Staat gefördert werden, wird die finanzielle Lage ebenfalls ständig schlechter. Ab 1.1. 1976 beträgt der monatliche Darlehensanteil 130 DM, so daß sich nach einem mehrjährigen Studium ein ganz schöner Schuldenberg anhäuft. Dem stehen diese Berufsaussichten gegenüber.

Nur 85% der Studenten können ihre Ausbildung an einer allgemeinbildenden Schule fortsetzen, nur 73% der Referendare werden in diesem Jahr in den Staatsdienst übernommen. In Hamburg werden gar von 550 fertigen Lehrern 228 zum Februar nichteingestellt. In Baden-Württemberg werden 1977 von 3 fertigen Studenten für das Lehramt 2 keine Anstellung finden.

Schätzungen sprechen von einer Lehrerarbeitslosigkeit zwischen 10 000 und 20 000 bis Ende 1976. Diese schlechten Perspektiven und Zulassungsbeschränkungen drängen natürlich mehr und mehr Abiturienten auf den Arbeitsmarkt, so daß dann schließlich Haupt- und Sonderschüler besonders geringe Aussichten auf Ausbildung und Arbeit haben.

Wohnungsnot

Der Wohnungsbau in der Bundesrepublik hat 1975 den tiefsten Stand seit über 25 Jahren erreicht. Nur noch 400 000 neue Wohnungen wurden im vergangenen Jahr gebaut gegenüber 601 000 1974 und 714 000 1973. Nach Angaben des Deutschen Mieterbundes verzeichneten Mietwohnungs- und Sozialer Wohnungsbau neue Minusrekorde. Er erwartet bis 1978 eine neue Wohnungsnot, weil bis dann weitere starke Jahrgänge Wohnungen suchen werden.

Gleichzeitig stehen jedoch 300 000 Wohnungen leer, weil sie für diejenigen, die am härtesten von der Wohnungsnot betroffen sind, unerschwinglich sind.

Der Mieterbund hat darauf hingewiesen, daß deshalb die Investoren nichts mehr riskieren wollen und in andere Kapitalanlagen ausgewichen sind. Wohnungen sollen ja das Bedürfnis nach Profiten befriedigen, nicht das Bedürfnis nach genügend und angemessenem Wohnraum!

Viele Arbeiter haben, um für sich und ihre Familien wenigstens genügend Wohnraum zu schaffen, jahrelang unter ungeheuren Anstrengungen und Einschränkungen auf ein Eigenheim gespart, damit die Familie nicht mehr wie in einer Heringsdose zusammengedrängt leben muß und damit die Kinder genügend Raum zur Entfaltung haben. Doch auch die eigenen vier Wände, für die meisten ohnehin ein unerfüllbarer Traum, werden jetzt mehr und mehr in Frage gestellt.

Die Bausparkasse Wüstenrot hat berichtet, daß sie in letzter Zeit auffallend viele Zahlungsbefehle versenden mußte, weil ihre Kunden, die sich oft über viele Jahre hinweg hoch verschuldet hatten, durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit die monatlichen Zahlungen einfach nicht mehr leisten konnten. So riskiert macher Arbeiter eine Existenzgefährdung. Der Traum vom Eigenheim wird dann zum bösen Erwachen.

All diese Beispiele belegen, wie weit es das kapitalistische "Wirtschaftswunderland" Bundesrepublik gebracht hat. Die hart und mühsam erarbeiteten und erkämpften Errungenschaften sollen zur Gesundung des Wirtschaftssystems angeknabbert oder geopfert werden. Breite Schichten sollen nach dem Willen für eine Krise herhalten, die nicht sie, sondern die allein vom Wunsch nach Profit beseelten Kapitalisten verursacht haben.



Programm

Diese massiven Angriffe erfordern ein klares Programm zur Verteidigung des Erreichten und zum weiteren Ausbau der Sozialleistungen. In einem "Sozialstaat" darf keiner mit der ständigen Sorge leben, morgen ohne ausreichenden Lebensunterhalt dazustehen - ob er Arbeiter, Rentner, Auszubildender oder Student sei.

Bei den heutigen Preisen, Gebühren und Mieten benötigt jeder ein garantiertes Mindesteinkommen von 1200 DM netto, um auch nur einigermaßen über

die Runden zu kommen. Kein Arbeiter darf entlassen werden. Einen garantierten Arbeitsplatz oder vollen Lohn! Wenn eine Firma weniger Aufträge hat, dann soll die Arbeit unter allen Arbeitern aufgeteilt werden, und zwar bei voller Lohnausgleich. Allgemein muß jetzt auch die in den Gewerkschaften diskutierte 35-Stunden-Woche erkämpft werden. Für jeden Schüler, Auszubildenden und Studenten muß ein garantierter Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz bereitstehen.

Nur diese Forderungen sind "realistisch", wenn die Arbeiterklasse, die Jugendlichen und die Alten vor Verarmung und Demoralisierung bewahrt werden sollen. Nur mit diesen Forderungen kann der Lebensstandard erhalten oder erst auf ein annehmbares Niveau gebracht werden.

Natürlich werden da die Kapitalisten und ihre Helfer, Professoren, Journalisten ein Geschrei anstimmen, sie werden behaupten, diese Forderungen seien überzogen, utopisch und unrealisierbar. Aber dann sollen sie uns das erst einmal beweisen - sollen sie ihre Geschäftsbücher offenlegen, damit sie ihre "soziale Bedürftigkeit" nachweisen können.

Werden sie sich weigern, in ihre Geschäftsbücher, Geschäftsgeheimnisse und Schweizer Bankkonten einblicken zu lassen, dann haben sie bewiesen, daß sie nichts anderes sind als Schmarotzer, die von der Arbeit anderer leben und uns allen noch die ganzen Folgen und Kosten aufhalsen.

Natürlich geht es nicht um das Konto eines einzelnen, durch Konkurrenz bankrotten Kapitalisten, sondern die Gesamtheit aller Konten aller Kapitalisten. Was ist denn das für eine "soziale Marktwirtschaft", bei der soziale Sicherheit und anständiger Lebensunterhalt "utopisch" sind?

Das kapitalistische System kennt keine soziale Rücksichtnahme - Profit ist alles. Laßt uns 1976 zum "Jahr des Arbeitnehmers" machen! Laßt uns in den SPD-Ortsvereinen, in den Juso-Arbeitsgemeinschaften und in den Gewerkschaften für unsere berechtigten Forderungen kämpfen, verbunden mit einer breiten sozialistischen Offensive, für die Verstaatlichung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen, für die demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung.

Erst auf der Grundlage einer sozialistischen demokratischen Planwirtschaft wird niemand mehr Angst vor dem nächsten Tag zu haben brauchen, werden Schlagworte wie Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Freiheit, Gleichberechtigung und Demokratie nicht mehr - wie jetzt - hohle, leere Phrasen sein, sondern Selbstverständlichkeiten. Maria Küfer

und einem angemessenen Lebensstandard.

Um den Sturz der Monarchie zu erreichen, muß ein umfassender Generalstreik jetzt vorbereitet werden. Gerade die Erfahrung der Januar-Wochen in Madrid, wo sich die ganze Staatsgewalt auf die Arbeiterklasse stürzte, zeigt die Notwendigkeit (wie sie die UGT - der sozialistische Gewerkschaftsbund - vorsieht) einer "bewaffneten Gegenmacht" zur Verteidigung von Streikposten, Versammlungen und Arbeitervierteln.

Eine Ausdehnung der Fabrikkomitees ist erforderlich, um das ganz Potential der Arbeiter und Angestellten zusammenzufassen. Um die Isolierung dieser Komitees zu vermeiden, müssen Asembles aller Arbeiter aller Betriebe gebildet werden, die Bestandteil eines nationalen Netzes unter Einbeziehung anderer Bevölkerungsschichten sein sollen.

Die Arbeiterparteien müssen, wie es die JSE schon tun, die Verschwörungen und Manöver der herrschenden Klasse, die Arbeiter unter bürgerliche Führung zu bringen, entschieden ablehnen.

Die JSE haben ein klares Programm mit einer sozialistischen Perspektive entwickelt. Es geht jetzt darum, daß dieses Programm zur Grundlage einer rasch anwachsenden sozialistischen Bewegung wird, daß dieses Programm in der gesamten Sozialistischen Partei durchgesetzt wird und den Worten nun Taten folgen.

Karl Burkhardt



JSE

Aus dem Forderungskatalog der spanischen Jungsozialisten.

- Eine gleitende Lohnskala gemäß Inflationsrate, und eine gleitende Arbeitszeitskala.
- Volle Lohnfortzahlung bei Krankheit und Unfall
- 40-Stunden-Woche, 30 bezahlte Urlaubstage im Jahr.
- Für Versammlungs- und Koalitionsrecht
- Für sofortige allgemeine, freie und geheime Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung.
- Für eine Arbeiterregierung aus den Arbeiterparteien in der verfassungsgebenden Nationalversammlung.
- Für die Trennung von Staat und Kirche.
- Wahl der Offiziere in Armee, Marine und Luftwaffe.
- Volle Freiheit für die Gewerkschafts- und politische Presse.
- Selbstbestimmungsrecht für alle iberischen Nationalitäten.
- Auflösung der Unterdrückungsmaschinerie, der faschistischen Einrichtungen und Sondergerichte.
- Preiskontrolle durch die Arbeiter.
- Arbeiterkontrolle über Gesundheitswesen und Sozialversicherungen.

- Entschädigungslose Enteignung bankrotter Firmen unter Arbeiterkontrolle. Kollektivierung der großen Landgüter.
- Verstaatlichung der Banken, der Monopole und der Multis unter Arbeiterkontrolle und ohne Entschädigung.

GRUNDSATZERKLÄRUNG DER JSE -Auszüge-

1. Für die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Dies würde die Herrschaft der gesamten Arbeiterklasse bedeuten und demokratisch organisiert werden.
 2. Für die Umwälzung der wirtschaftlichen Macht durch:
 - (a) Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln
 - (b) Planwirtschaft
 - (c) volle Arbeiterdemokratie
 - (d) unabhängige Gewerkschaften
- Das Ziel der JSE ist die Überwindung der Klassengesellschaft und der Aufbau der SOZIALISTISCHEN GESELLSCHAFT!
- Für die Schaffung einer sozialistischen Bundesrepublik der iberischen Völker, die jedem Volk eine freie politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung läßt.
 - Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

VORAN PLAKAT

Europakarte mit der Parole: VORAN ZU DEN VEREINIGTEN SOZIALISTISCHEN STAATEN VON EUROPA

Abbildungen Marx, Liebknecht, Lux. Stückpreis DM 1,50 zzgl. Porto. Din B2. Zweifarbig. Bestellungen an: VORAN! 43 ESSEN 1, Geißlerstraße 1

Kontonummer: Postscheckamt Essen, 170 20 - 433, Hans-Gerd Öfinger

Anzeige *****

SSSK
SOZIALISTISCHES
SPANIEN
SOLIDARITÄTSKOMITEE

Komitee in der Bundesrepublik zur Unterstützung des Kampfes der spanischen Jungsozialisten, von PSOE und UGT.

- Fordert die alte Broschüre vom Herbst an!
- Bestellt rechtzeitig Exemplare der demnächst neu erscheinenden Broschüre!
- Fordert Referenten vom SSSK an!
- Setzt Euch mit dem SSSK zwecks Organisation einer neuen Rundreise eines spanischen Genossen in Verbindung!
- Sammelt Spenden für den Kampf der spanischen Genossen!

Konto: a. Krämer, Commerzbank Nürnberg, Zweigstelle Gibitzenhof, Nr. 8068306
Zuschriften an das SSSK über die Redaktion Voran!



dein erstes
exemplar?
abonniere!

voran!

bringt in der nächsten Ausgabe Artikel über:

- MITBESTIMMUNG
- JUNGSOZIALISTEN IN DER SPD
- BERICHTE AUS DER ARBEITERBEWEGUNG
- LIBANON • ANGOLA • SPANIEN

Impressum

VORAN! ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE
ÜBERREGIONALE MARXISTISCHE ZEITUNG
FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

VORAN!
43 ESSEN 1, Geißlerstr. 1
Telefon: 0201/628260

Kontonummer: Postscheckamt Essen,
Hans-Gerd Öfinger, 170 20 - 433